



Innenausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

11. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel, Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkt:

**Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-
Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/472

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

* * *

Aus der Diskussion

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich begrüße die Mitglieder des Ausschusses, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Vertreter und Vertreter der Medien, vor allem aber Sie, die sachverständigen Gäste, die Sie der Einladung zu unserer heutigen Anhörung nachgekommen sind.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung 17/168 vom 21. Dezember 2017. Der Gegenstand der heutigen Anhörung:

Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/472

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

Ich danke dem Sachverständigen Schultz für seinen schriftlich vorab eingereichten Beitrag, der uns mit Stellungnahme 12/247 als Neudruck vorliegt. Die schriftliche Stellungnahme bedeutet eine wesentliche Arbeitserleichterung für uns Abgeordnete. Sie dürfen davon ausgehen, dass Ihre schriftliche Stellungnahme auch gelesen wurde.

Die Fraktionen haben sich vorab darauf verständigt, dass von einem Eingangsstatement Ihrerseits abgesehen wird. Das ist Ihnen auch mit dem Einladungsschreiben mitgeteilt worden. Vielmehr werden sich die Abgeordneten direkt mit ihren Fragen an Sie wenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf sie noch darüber in Kenntnis setzen, dass der Sachverständige Professor Dr. Aladin El-Mafaalani dieser Anhörung heute nur bis ca. 11:00 Uhr beiwohnen kann. Wenn also Fragen an ihn gerichtet werden sollten, sollten Sie sich vielleicht entsprechend fokussieren.

Abschließend darf ich darauf hinweisen, dass Sitzungsende 12:00 Uhr ist. Im Ausschuss gibt es viele neue Kolleginnen und Kollegen. Da dies unsere erste Anhörung im Ausschuss ist, ein paar Verfahrenshinweise: Es geht nicht darum, eigene Befindlichkeiten und Meinungen wiederzugeben, sondern heute ist die Stunde, den Sachverständigen Fragen zu stellen. Die Auswertung erfolgt mit Vorlage des Protokolls zu einem späteren Zeitpunkt.

Gute Übung ist es, dass die antragstellende Fraktion das erste Wort erhält, um Fragen zu stellen. Ich achte darauf, dass jede Fraktion einmal an die Reihe gekommen ist. Es kann natürlich sein, dass keine Fraktion eine Nachfrage hat. Im Anschluss an die Fragerunde steigen wir in die Beantwortung ein. In einer möglichen weiteren Fragerunde kann man tiefer zu vorher schon aufgeworfenen Fragenkomplexen einsteigen. Sollte jemand eine Frage stellen, von der jemand anderes meint, er könne dazu nachlegen,

bitte ich Sie, mir das zu signalisieren. Dann kann der Sachverständige darauf vielleicht sofort konkret eingehen.

Verena Schäffer (GRÜNE): Diese Anhörung ist zwar die erste in dieser Legislaturperiode, aber nicht die erste zum Thema „Salafismus“ überhaupt. In der Vergangenheit hatten wir schon mit diversen Anträgen zu diesem Thema zu tun. Da hier aber einige neue Forderungen aufgeführt werden, lohnt sich diese Anhörung. Schon jetzt bedanke ich mich bei den Sachverständigen für ihr Kommen und dafür, dass sie unsere Fragen beantworten möchten.

Meine ersten Fragen habe ich an Herrn El-Mafaalani: Teilen Sie unsere Forderung nach einem eigenen Forschungsinstitut? Es gibt ja schon das Forschungsnetzwerk CoRE NRW. Wie stehen Sie zur Gründung eines eigenen Forschungsinstituts?

Meine nächste Frage bezieht sich auf das Thema „Deradikalisierung“. Es gibt ja beim Verfassungsschutz ein entsprechendes Aussteigerprogramm. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, ein Angebot vorzuhalten, das von einem zivilgesellschaftlichen Träger durchgeführt wird. – Wie sehen Sie das?

An Herrn Charchira habe ich die Frage, wie Sie unsere Forderung nach dem Einsatz von Streetworkerinnen und Streetworkern finden. Das gilt insbesondere für Personen, die selber muslimisch sind und deshalb möglicherweise besser an eventuell betroffene Jugendliche herankommen.

Zwei Fragen zu Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten: Wo sehen Sie Defizite? Welche Strukturen könnten diese benötigen?

Herr Schultz, Sie haben uns ja eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und ausgeführt, dass Sie das Thema „Schulsozialarbeit“ sehr wichtig finden. Könnten Sie noch einmal ausführen und begründen, wie das für den Alltag an einer Schule, die besonders betroffen ist, aussehen kann?

Eine Frage an alle: Zwischen den Feiertagen – Weihnachten und Neujahr – hat uns das Thema „Rolle von Frauen im Salafismus“ besonders beschäftigt. Es gab in der „FAZ“ und zahlreichen NRW-Medien – auch mit Zitaten von Herrn Freier, dem Leiter des NRW-Verfassungsschutzes – dazu eine Berichterstattung. – Wie schätzen Sie die Rolle von Frauen im Salafismus ein? Ein Thema im Antrag beschäftigt sich damit, dass man spezialisierte Angebote für Frauen und Mädchen schafft. Spannend finde ich die Frage: Wie kommt man eigentlich an salafistisch geprägte Eltern bzw. Familien heran, die dazu führen, dass wir eine gewisse Stabilisierung der Szene erleben? – Wir kennen das aus dem Rechtsextremismus. Wie erreichen wir die möglicherweise durch die soziale Arbeit? Wie kommen wir da ran?

Ibrahim Yetim (SPD): Ich habe Fragen an Herrn Abou-Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz: Wie bewerten Sie die bisherigen präventiven Programme gegen den Neosalafismus, die wir in der letzten Legislaturperiode hatten? Welche aktuellen Gefahren gehen von dort aus? Welches sind die größten Gefahren, die von den Neosalafismus ausgehen?

Eine Frage an Herrn Küçük vom Multikulturellen Forum: Wie kann aus Ihrer Sicht eine Zivilgesellschaft gerade im Umgang mit Islamfeindlichkeit und Neosalafismus gestärkt werden?

Eine weitere Frage an das LKA, die Sie mir bestimmt auch beantworten können: In welchen Regionen und Orten befinden sich die Schwerpunkte der Salafisten? – Das würde uns interessieren.

Bevor ich es vergesse: Ganz herzlichen Dank auch von unserer Seite für Ihre Stellungnahmen und Anwesenheit.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Ich habe zunächst Fragen an Herrn Abou-Taam. Salafismus ist ja nicht gleich Salafismus. Die Grünen sprechen in ihrem Antrag von Neosalafismus. Es gibt innerhalb des Salafismus insgesamt ja sehr heterogene Bewegungen. Diese vermeintliche Szene des Neosalafismus ist relativ neu. Können Sie erläutern, was man unter „Neosalafismus“ überhaupt versteht? Wie äußert er sich aus Ihrer Sicht in Deutschland?

Der Antrag der Grünen stellt dar, dass es für die neosalafistische Radikalisierung vielfältige Ursachen gibt. Genannt werden Faktoren wie „soziale Benachteiligung“ und „gruppenbezogene Diskriminierungserfahrungen“ sowie „persönliche oder familiäre Problemlagen“. Vor allem Jugendliche in Umbruchphasen, ohne Anschluss an Gleichaltrige oder mit gefährdeten Schulabschlüssen seien häufig gefährdet. – Sehen Sie diese Faktoren auch als Ursachen für eine mögliche Radikalisierung? Oder gibt es aus Ihrer Sicht andere Ursachen?

Herr Schultz, würden Sie sagen, dass solche Präventionsprogramme – insbesondere außerhalb schulischer Bereiche – zielführend sind? Oder sollte man nicht vielleicht mit Blick auf gefährdete Jugendliche den Fokus in Zukunft innerhalb von Schulen stärker auf Schulpläne, bei Lehrerinnen und Lehrern zu setzen, um eine Radikalisierung zu vermeiden?

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank an die Experten, dass wir die Möglichkeit haben, heute mit Ihnen zu diskutieren. Das finde ich sehr gut und möchte zu Beginn einige Fragen ergänzend zu dem, was Frau Schäffer gesagt hat, stellen. Die würde ich gerne an Sie alle richten. Wer dazu etwas beitragen kann, den möchte ich bitten, das zu ergänzen:

Uns treibt gerade die Sorge um, dass immer jüngere Menschen Gefahr laufen, radikalisiert zu werden, und zwar insbesondere Mädchen und junge Frauen. Dem müssen wir begegnen. Mich interessiert, wie wir das insbesondere in diesem Bereich noch besser unterstützen können? Wie erreichen wir gerade junge Frauen? – Der Bereich insgesamt konzentriert sich oftmals sehr auf die Deradikalisierung junger Männer.

Vor dem Hintergrund die Frage: Wie können wir auch Muslime in diese Deradikalisierung und Präventionsarbeit besser einbeziehen?

Herr Schultz, Sie können uns vielleicht auch noch einmal aus der Praxis berichten: Sie erleben ja die Situation an der Schule. Ich fände es schön, wenn Sie über Ihre schriftliche Stellungnahme hinaus mit einigen Worten ergänzen, wie Ihre Erfahrungen – auch

im Umgang mit Ihren Netzwerkpartnern, Stadt, Land und Kommune, Ihren Ansprechpartnern vor Ort – sind. Wo klappt es vielleicht auch nicht? Wo hat sich die Situation möglicherweise verändert? Sie hatten in Ihrer Stellungnahme diese „Mütterkaffees“ angesprochen und in dem Zusammenhang praktische Beispiele genannt. Führen Sie das einfach noch einmal aus, damit wir uns einen Eindruck verschaffen können, wie die Situation an den Schulen aussieht und wie wir unterstützen können.

Markus Wagner (AfD): Herr Professor El-Mafaalani, es tauchte eben die Frage nach der Etablierung eines Forschungsinstituts auf. Welche wissenschaftlichen Disziplinen müssten aus Ihrer Sicht in diesem Forschungsinstitut integriert sein, um dort erfolgreich arbeiten zu können? Wie kann in dem Zusammenhang eine kritische Ursachenanalyse gesichert werden?

Herr Schultz, der dieser Befragung zu Grunde liegende Antrag baut bereits einen gewissen Gegensatz zwischen Prävention und Repression auf. Gibt es in Ihrem Konzept vorgesehene Sanktionsmaßnahmen für den Fall einer Weigerung der Zusammenarbeit? Wenn nein: Warum nicht? Bzw., wenn ja: Als wie erfolgreich oder sinnvoll sehen Sie das an?

Herr Abou-Taam, es gibt eine Studie des Bundesinnenministeriums vom Nationalen Zentrum für Kriminalprävention. Aus dieser Studie zitiere ich gleich den ersten Satz bzw. einen Satz aus der Einleitung: Es sind daher nahezu keine Rückschlüsse möglich, ob Präventionsprojekte Radikalisierung verhindern, begünstigen oder wirkungslos bleiben. – In dem Zusammenhang meine Fragen an Sie: Teilen Sie diese Auffassung? Welche Gründe sehen Sie dafür, dass man zu einer solchen Schlussfolgerung kommen kann?

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani (FH Münster, Fachbereich Sozialwesen): Ich danke mich für die Einladung und habe es so einrichten können, dass ich ein bisschen länger bleiben kann.

Ich werde den Schwerpunkt auf den Aspekt „Forschungsinstitut“ legen und andere Themen, zu denen gefragt wurde, anreißen: Grundsätzlich kann man gegen dieses Papier gar nichts haben. Es kann sein, dass das daran liegt, dass ich aus der Wissenschaft komme, aber ich versuche einmal, die einzelnen Interessen abgewogen zu bewerten. Insofern würde ich den zweiten Punkt, die Einrichtung eines Forschungsinstituts, zum ersten Punkt machen. Nicht etwa, weil es um Forschung geht. Ich erläutere gleich, was für eine Art Institut das sein müsste: Es geht nicht um ein Grundlagenforschungsinstitut. Grund ist der, dass alle anderen Ideen daran scheitern würden – es ist total interessant, man könnte ein Budget beschließen –, dass wir nicht genügend qualifizierte Personen haben, die das umsetzen können. Seien es Streetworker, die sich in genau diesem Bereich auskennen, die Gefahrenlage abschätzen können, die Jugendarbeit, die Lehrkräfte fortbildet. Wir haben aus meiner Perspektive noch nicht einmal genug Menschen, die die Fortbildung machen könnten. Gleiches gilt für Schulsozialarbeiter und andere Bereiche.

Deshalb würde ich sagen, dass der eigentlich wichtigste und nachhaltigste Punkt die Etablierung eines Instituts wäre, das im Prinzip drei Sparten hat: Grundlagenforschung wäre durchaus eine davon, durchaus aber in Kooperation mit anderen Hochschulen.

Der zweite Bereich – damit kommen wir auf Ihre letzte Frage – wäre eine systematische Evaluation und praxisbezogene Forschung der Maßnahmen, die laufen. Ich würde nämlich sagen, dass man tatsächlich nicht fundiert bewerten kann, wie wirksam und erfolgreich die Projekte sind, die bisher laufen. Das ist aber auch dem Umstand geschuldet, dass das Phänomen ungefähr zehn Jahre alt ist, die Maßnahmen aber erst seit maximal fünf Jahren laufen. Man würde in jedem anderen Bereich auch zu diesem Schluss kommen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass im Augenblick nicht in der Form evaluiert wird, wie man sich das wünscht, dass man wenigstens in eineinhalb bis zweieinhalb Jahren fundierte Aussagen treffen könnte.

Der dritte Bereich würde das Interesse aus der Politik berücksichtigen: In diesem Landesinstitut wäre ein Drittel dafür da, Fortbildung zu planen. Dann könnte man zum Beispiel auch erwarten, dass – wenn von dort ein Sachverständiger kommt – vorab ein Papier eingereicht wird. Dafür fehlen mir im Augenblick tatsächlich die Zeit und die Ressourcen, das so zu machen. Ich muss immer abwägen, ob ich etwas schriftlich abgebe oder persönlich komme. Heute habe ich mich für persönliches Erscheinen entschieden. Hätte man aber ein solches Institut, könnte man den Anspruch erheben, dass zum Beispiel ein schriftlicher Bericht erstattet wird und jemand persönlich erscheint.

Ein solches Institut kann auch flexibler auf Veränderungen im Extremismus reagieren, sei er rechts, links, religiös begründet. Idealerweise wäre das ein Institut ähnlich wie das Bundesinstitut für Berufsbildung, an das ich dabei als eine Art Muster denke, das Berufsbildungsplanung, Berufsbildungsforschung und Berufsbildungsberichterstattung macht. Es hat praktisch auch genau diese drei Sparten. Es wäre im Prinzip mit einer grundlegenden Regelfinanzierung ausgestattet. Aber zusätzlich, je nach Bedarf, kann man über Drittmittel und andere Zuschüsse variabel reagieren. Das würde auch in Kooperation mit anderen Hochschulen geschehen, mit der Praxis und notwendigerweise in diesem Bereich mit Sicherheitsbehörden. Das ist ein Problem, an dem universitäre Forschung häufig scheitert: Wir können keine systematischen Kooperationen mit Sicherheitsbehörden realisieren.

Man kann deshalb durchaus darüber streiten, ob Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen unbedingt über das Innenministerium und vom Verfassungsschutz koordiniert werden müssen. Aber wenn wir in diesem Bereich forschen wollen, kommt man nicht umhin, solche Kooperationen zu gewährleisten. Dafür sind die ersten Schritte gemacht: Das CoRE-Netzwerk mit im Prinzip allen Forschern in dem Bereich in Nordrhein-Westfalen hat sich etabliert. Es gibt einen Austausch mit dem Verfassungsschutz über den Rahmen. Gleichzeitig aber erfüllt es nicht die Bedingungen, die ich gerade genannt habe, denn es ist alles hochschulbezogen. Dort wird nicht gewährleistet, Praxisforschung zu machen. An Hochschulen gibt es ein geringes Interesse daran, irgendwelche Maßnahmen zu evaluieren und praxisbezogene Forschung zu betreiben. Und – das brauche ich, glaube ich, nicht weiter zu erläutern – „Fortbildung“ ist in dem Rahmen, was Hochschulen leisten können und wollen, nicht gewährleistet. Das betrifft gerade die beiden Bereiche der praxisbezogenen Forschung und der Fortbildung.

Dazu muss man sagen: Von einem solchen Institut könnten Impulse für die grundlegende Ausbildung ausgehen. Denn es sieht im Augenblick in Nordrhein-Westfalen ganz besonders nicht so aus, als würden in zwei oder drei Jahren Sozialarbeiter, Lehrkräfte

und andere helfende Berufe ausgebildet, die sich mit dem Phänomen auskennen, da es – auch was die Hochschullehre angeht – vielleicht fünf oder sechs Professuren in Nordrhein-Westfalen gibt, die das in der Lehre einigermaßen abdecken. Der Bereich ist sehr gestückelt. Das alles könnte man bündeln.

Was das Institut auch gewährleisten könnte – ein dritter wichtiger Punkt –, wäre, die Fluktuation etwas zu senken. Was meine ich damit? – Sie kennen das IKG in Bielefeld, wo so etwas gemacht wird. Dort leidet man darunter, dass – wie das in einer Hochschule halt so ist – alle drei Jahre sozusagen der ganze Mitarbeiterstamm geht, fast immer aus NRW raus, häufig ins Ausland. In einem solchen Institut – das sieht man auch an dem Bundesinstitut für Berufsbildung – kann man Menschen halten, zum Beispiel auch solche, die praxisbezogene Forschung betreiben und solche, die sich mehr für Lehre und Fortbildung interessieren. Für die ist an Hochschulen kein Platz. Das heißt: Gerade das, was – so glaube ich – in diesem Rahmen hier von Interesse ist, kann man aus meiner Sicht über den normalen Hochschulbetrieb nicht abdecken.

Welche inhaltlichen Gründe gibt es für ein solches, nicht reines Forschungsinstitut? – Das Feld ist so dynamisch, dass man es ohne eine Konzentration von Expertise nicht hinbekommt. Diese Expertise muss natürlich alle möglichen Disziplinen umfassen, wie etwa Psychologie, Geschichtswissenschaft und Soziologie. Es ist durchaus denkbar, dass dort auch Wirtschaftswissenschaftler, Juristen und andere Disziplinen beteiligt wären. Das hängt immer auch davon ab, wie tiefgehend der praxisbezogene Bereich einerseits und der fortbildungsbezogene Bereich andererseits ist.

Die Dynamik auf diesem Feld lässt sich ungefähr auch daran ablesen, dass es dort immer diverser wird. Damit kommen wir zur nächsten Frage: Der Frauenanteil steigt. Die Altersspanne nimmt zu. Noch vor ein paar Jahren habe ich von einer reinen Jugendbewegung gesprochen. Mittlerweile fängt es bei Zwölfjährigen an. Wir haben auch schon die ersten 40-Jährigen.

Damit kommen wir zum nächsten Problem: Bisher hatten wir wenige Eltern, die extremistische Tendenzen aufgewiesen haben. Das aber wird das sein, was in den nächsten Jahren kommt. Ich wäre vorsichtig, daran zu glauben, wir brauchen deshalb kein Institut, weil die Fortbildungsproblematik in ein paar Jahren kein Thema mehr sein wird. Gerade die Abwägung in Jugendämtern, wann Kindeswohlgefährdung in einer Familie vorliegt, die in irgendeiner Form sehr orthodoxe oder fromme religiöse Entwürfe lebt, ist, glaube ich, eine hochkomplexe Aufgabe. Die Gruppe wird nicht nur bezogen auf das Alter, Migrationshintergrund oder kein Migrationshintergrund, bezogen auf Männer und Frauen diverser, sondern sie wächst weiterhin.

Ich komme zum erst einmal letzten Punkt, den zentralen Herausforderungen für die Zukunft und dem, was im Augenblick in Nordrhein-Westfalen noch nicht abgedeckt wird. Dabei geht es um die Entwicklung von Standards. Das kann zwar alles Mögliche bedeuten, aber es geht dabei ganz besonders um Standards, wie beraten wird, wie dokumentiert wird und – die, glaube ich, größte Herausforderung – Standards, wann ein Fall abgeschlossen ist.

Ich vergleiche das einmal mit dem genauso komplexen Vorgang bei der Kindeswohlgefährdung. Das kann man nicht am Schreibtisch entscheiden. Vielleicht kennt es der

eine oder andere hier: Es gab früher dieses Ampelsystem. „Rot“ bedeutete, dass offenbar Kindeswohlgefährdung vorliegt. „Gelb“ hieß, man weiß es nicht so genau. „Grün“ bedeutete: Wir sind hingegangen, haben uns das angeschaut und feststellen können: Keine Gefahr! – Das hört sich zunächst total plausibel an, aber auf einmal stellt man fest: Fast alle Mitarbeiter entscheiden sich für „Gelb“. Das ist einfach am gemütlichsten. „Rot“ ist sehr hart, obwohl es häufig sehr deutlich ist. „Grün“ ist das Problem. So wird es auch in dem Fall sein: Wann entscheidet man, dass ein Fall abgeschlossen ist, wo man weiß, dass die Rückfallquote bei abweichenden Verhalten immer hoch ist? Man braucht alleine dafür Standards, den Fachkräften Sicherheit zu geben.

Das gilt genauso für die Beratung von beratendem Personal: Es gibt Standorte – beispielsweise auch von „Wegweiser“ –, wo Unsicherheit herrscht, inwieweit die Namen der Berater öffentlich gemacht werden können. Das ist eine Sorge, die man aus Sicht der Berater tatsächlich nachvollziehen kann. Gleichzeitig aber kann man auch nicht beraten, ohne dass ein Gesicht und Namen erkennbar sind.

Das alles sind Dinge, die man zum Beispiel mit Arbeitskreisen in den Griff bekommen kann, insbesondere aber auch durch eine Bündelung im Rahmen eines solchen Instituts, wo Praxis und Wissenschaft zusammenkommen, lösen.

Evaluation, und zwar in jeder Hinsicht! – Hier und da wird ja etwas evaluiert. Ich meine aber eine Evaluation, bei der deutlich wird: Wie viele Personen werden erreicht? Wie werden sie erreicht? Welche Vorstellungen hat das Personal überhaupt, das ja gar nicht ganz fundiert ausgebildet sein kann? – Das ist der Aktualität dieses Phänomens geschuldet.

Woran erkennt man die Zielgruppe, wenn sich noch nicht einmal Wissenschaftler ganz sicher sind, wer genau als Risikogruppe gilt?

Wie werden die Fälle bearbeitet? – Und dann dieser Abschluss: Grundsätzlich evaluiert man das erst einmal, betreibt anschließend Wirkungsforschung und eben eine Fortbildungs- und Ausbildungs-offensive.

Die letzte Forderung, das ganze innerhalb einer Regelfinanzierung und eines Regelbetriebs vollziehen zu können, bedarf, so glaube ich, einer zentralen Organisation und Koordinierung dieses Prozesses, so dass man irgendwann sagen kann: An jeder Schule – sei es eine Grundschule oder eine weiterführende Schule – und in jedem Jugendamt gibt es mindestens eine Person, die eine systematische Fortbildung genossen hat, nicht nur eine eintägige Informationsveranstaltung bei der Landeszentrale für Politische Bildung oder wo auch immer. Das sind zwar wichtige Veranstaltungen, aber nicht die Veranstaltungen, die ich meine.

Samy Charchira (Universität Osnabrück, Institut für Islamische Theologie): Auch ich danke Ihnen herzlich für Ihre Einladung. Zu Ihrer ersten Frage nach den Streetworkern und wie sie eingesetzt werden können: Bei unserer Arbeit in der Radikalisierungsprävention dürfen wir grundsätzlich nicht vergessen, dass die Arbeit insgesamt darauf basiert, dass sich Jugendliche freiwillig auf den Berater einlassen und auch einlassen müssen. Das heißt: Es gibt keinen Zwang gegenüber den Jugendlichen, sich beraten zu lassen, sich helfen zu lassen, sondern sie müssen sich aktiv dazu entscheiden.

Wenn Sie das erreichen möchten, brauchen Sie Menschen/Fachkräfte, die eine ganze Reihe Qualifikationen mitbringen, um genau das zu gewährleisten.

Sie brauchen Menschen, die die Lebenswirklichkeiten dieser Jugendlichen kennen, die ihre Sprache sprechen, die die Zugangsbarrieren abbauen können, die die Wirkungsräume dieser Jugendlichen kennen, die Vernetzungsstrukturen erkennen und dort aktiv und erfolgreich wirken können. Können Sie das nicht gewährleisten, werden Sie relativ wenig erfolgreich sein können in diesem Themenfeld. Damit sind wir selbstverständlich bei der Frage des Streetworking. Unweit des Landtags hatten wir in den letzten Monaten einen relativ bekannten Prediger, der über sieben/acht Monate hinweg in einem bestimmten Wirkungsraum aktiv war, ohne dass es jemandem aufgefallen wäre. Über sieben Monate! – Das darf natürlich nicht passieren, und wir müssen wirklich alles daran setzen, dass so etwas auch künftig nicht passieren kann. Das heißt: Ich brauche Menschen, die genau das leisten können, die in genau solche Wirkungsräume reingehen, die die Menschen erreichen, die Jugendlichen erreichen, die mit ihnen sprechen können, die uns sozusagen dabei helfen, über die Warnsysteme, die wir etablieren, Radikalisierung rechtzeitig zu erkennen und dort tätig zu werden.

Wir leisten schon seit Jahren aktive Qualifizierungsarbeit mit einer Reihe von Multiplikatoren um die Jugendlichen herum. Wir brauchen stets eine qualifizierte Meldung von einem Lehrer, Vater, Schulsozialarbeiter oder wem auch immer. Vielleicht sieht eine dieser Personen bestimmte Dinge, erkennt, dass daraus ein Radikalisierungspotenzial erwachsen könnte, und meldet dies an die Berater und Fachleute, damit diese daraufhin mit den Jugendlichen arbeiten können.

Streetworker sind unabdingbarer Bestandteil dieses Warnsystems. Ohne Streetworker werden Sie nie die Lücke zu den Wirkungsräumen von Jugendlichen schließen, wo Erwachsene keinen Einblick haben bzw. wo die klassische Jugendhilfe keinen Eingang findet. Wir brauchen also viel mehr aufsuchende Jugendarbeit und mehr Streetworking, um genau dies zu erreichen.

Es wurde eine Frage nach der Fortbildung und der Qualifizierung gestellt. Ja, selbstverständlich, das Phänomen hat inzwischen Ausmaße erreicht, an denen kaum ein Sozialpädagoge bzw. Sozialarbeiter vorbeikommt. Es ist sehr mühsam für die Multiplikatoren der sozialen Arbeit, sich im Nachhinein darüber zu informieren und zu „empowern“, um rechtzeitig und qualifiziert agieren zu können. Vielmehr macht es Sinn, in der Ausbildung entsprechende Module einzubauen, in denen man sich genau dem Phänomen widmet und darüber informiert, um zu gegebener Zeit relativ schnell, gezielt und qualifiziert die Hilfestellung für die Jugendlichen zu organisieren. Das brauchen wir in verschiedenen Bereichen, vor allem in der Ausbildung beispielsweise der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, aber auch bei den Erzieherinnen und Erziehern. Wenn das nicht gewährleistet ist, bleibt die Hilfe immer von dem Engagement der Lehrerin bzw. dem Lehrer oder der Sozialarbeiterin bzw. dem Sozialarbeiter und von deren zeitlichen Ressourcen abhängig.

Wir müssen in Verbindung mit diesem Phänomen über Frauen sprechen – gerade angesichts künftiger Rückkehrer vom IS. Letzterer hat ja an Strahlkraft verloren, was aber nicht heißt, dass das entstandene Vakuum nicht von anderen Kräften genutzt wird.

Das System „Familie“ an sich muss also in den Blick rücken und nicht nur die Jugendlichen und jungen Männer, mit denen wir uns in der konkreten Arbeit befinden, sondern auch die Familien. Wir müssen auch im Sinne des Kinderschutzes schauen, was mit den Kindern geschieht, und auch die Frauen betrachten. Letztere können eine doppelte Funktion erfüllen: Wenn sie einen entsprechenden Ideologisierungsgrad aufweisen, stellen sie unter Umständen einen weiteren Destabilisierungsfaktor in einer Radikalisierungsbiografie dar. Ist das nicht der Fall, sind sie vielleicht Opfer der Radikalisierung des Ehemanns oder anderer. Das müssen wir uns viel genauer anschauen.

Folgende Erkenntnis gewinnen wir aus der alltäglichen Beratungsarbeit: Ganz wichtig ist, den jungen Menschen alternative Identitätsangebote zu machen. Wir müssen Menschen, die diese Identitätsangebote machen können, dafür gewinnen, mit den Jugendlichen zu arbeiten. Nur so lässt sich das vernünftig organisieren.

Manchmal entsteht der Eindruck, dass die Radikalisierungsprävention an sich droht, sich zu verselbstständigen oder sich als selbstständiges Handlungsfeld zu begreifen. Das ist sie aber nicht, und das darf sie auch ganz bewusst nicht sein. Eine Radikalisierungsprävention, die nicht an den Strukturen der Jugendarbeit und -hilfe angedockt ist, kann wirklich nur bedingt bis gar nicht erfolgreich sein. Sie brauchen für die Nachhaltigkeit Ihrer Arbeit um den Jugendlichen herum ganz viele Menschen und Ressourcen. Die gibt es in der Jugendhilfe und -arbeit. Sie ist vorhanden, und man muss sich mit ihr verschränken. Gut verstandene Radikalisierungsprävention steht komplettierend zu den anderen schon vorhandenen Systemen in der Jugendarbeit und -hilfe. In dieser Verschränkung kann man wirklich sehr nachhaltig erfolgreich sein.

Das ist auch einer der Gründe, weshalb beispielsweise das System in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern so gut funktioniert: Wir haben hier einen dezentralen Ansatz, der in den kommunalen Räumen wirkt und der an den Strukturen der Jugendhilfe andockt. Jetzt muss man schauen, wie man das weiter ergänzen und ausbauen kann.

Ich plädiere für ein vernünftiges muslimisches Streetworking mit Menschen, die die Qualifikation mitbringen, um mit muslimischen Jugendlichen erfolgreich arbeiten zu können. Diesen wichtigen Baustein brauchen wir für eine erfolgreiche Präventionsarbeit. Ich glaube nicht, dass wir darauf verzichten können.

Kenan Küçük (Multikulturelles Forum e.V. Lünen): Die momentane Situation ist schon lange bekannt. Nicht nur in NRW, sondern auch bundes-, europa- und weltweit haben wir eine neue Entwicklung. Wir müssen schauen, wie wir in unserem Land dieser Entwicklung entgegenwirken können.

Es wurde soeben die Frage gestellt, wie man die Zivilgesellschaft stärken kann. In Afrika gibt es ein sehr bekanntes Sprichwort: Wenn man ein Kind erziehen will, braucht man alle Dorfbewohner. – Das sagt viel aus. Wir brauchen natürlich nicht nur Sozialarbeiter, Pädagogen usw., sondern wir brauchen die gesamte Gesellschaft. Wir müssen einen Weg finden, die Menschen über diese neue Entwicklung zu informieren, zu beraten und fortzubilden.

Ich vertrete auch das Wegweiser-Projekt Dortmund. Die Fortbildungsbedarfe sind dort sehr groß. Es gibt momentan sehr viele Anfragen, und wir kommen nicht nach. Das zeigt uns, welcher starker Bedarf seitens der Jugendarbeit, der Lehrer und anderer Bereiche besteht. Wir müssen einen Weg finden, diese Fortbildungen in allen Bereichen durchzuführen und anzubieten. In vielen Bereichen bestehen noch große Schwierigkeiten, die gesamte Entwicklung nachzuvollziehen. Fortbildung ist also sehr wichtig.

Wir müssen natürlich die Zivilgesellschaft stärken. Das fängt im Kindergarten an und geht bei Lehrern, Erziehern und bei Personen anderer Bildungseinrichtungen weiter. Wir müssen dafür viele Fortbildungsmaßnahmen durchführen, und die Ausbildung von Lehrern und Erziehern muss entsprechend ausgestaltet sein.

Wir haben es hier, wie gesagt, mit einem neuen Phänomen zu tun. Viele stellen sich die Frage, wie man damit umgehen soll, und wissen nicht, wie sich das weiterentwickelt.

Zum Thema „Migration“ bin ich seit mehreren Jahren unterwegs. Wir haben in dem Bereich bisher noch keine Normalität erreicht. Nach wie vor haben wir es auch sehr häufig mit Rassismus und Diskriminierung zu tun. Wir müssen einen Weg finden, dem entgegenzuwirken, und Islamfeindlichkeit sollte ständig auf der Tagesordnung stehen und abgebaut werden. Wir müssen die gesamte Gesellschaft als eins sehen. Leider sind wir davon nach wie vor noch ziemlich weit entfernt. Wir müssen gerade in unserem Land die Themen „Migration“, „Integration“, „Zuwanderung“, „Religion“ u. ä. als eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung sehen und sie in allen gesellschaftlichen Bereichen thematisieren.

Wir brauchen natürlich auch eine alternative Sicherheitspolitik. Bundesweit und landesweit existieren im Hinblick darauf viele Projekte und Maßnahmen. Das Wegweiser-Projekt bietet eine Chance, Menschen – gerade Lehrer und Erzieher – zu beraten und sie entsprechend auf diese neue Entwicklung vorzubereiten. Das Wegweiser-Projekt ist dem Innenministerium bzw. dem Verfassungsschutz zugeordnet und findet eine ganz andere Akzeptanz in der Öffentlichkeit, als wenn man es irgendwo anders zuordnen würde. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit und gute Absprachen mit den Sicherheitsbehörden. „Wegweiser“ ist momentan ein Leuchtturmprojekt, das ich unterstütze und in der Form fortführen würde.

Weil in vielen Bereichen das Wissen fehlt, ist Fortbildung letztlich immens wichtig.

Eike Schultz (Tannenbusch Gymnasium Bonn): Auch ich erlaube mir, die Fragen integrativ zu beantworten.

Ich bin Schulleiter des Tannenbusch Gymnasiums in Bonn. Der Stadtteil ist fast europaweit bekannt, hat aber einen viel schlechteren Ruf, als er in Wirklichkeit ist. In Bonn wurde in den letzten Jahrzehnten viel Arbeit im Schulterschluss von Bildungseinrichtungen, freien Trägern, städtischen Trägern und seitens des Landes – von Polizei und Verfassungsschutz – geleistet.

Unsere Schule ist in der Sekundarstufe I dreizügig, und dort haben wir zwischen 30 und 40 % muslimische Kinder. Zur Sekundarstufe II nehmen wir aus dem Stadtteil noch einmal Schüler von der Realschule auf, sodass wir dort über 50 % muslimische

Schüler haben. Das ist eine Besonderheit, die zwar in Bonn nicht einzigartig ist, sich aber in Tannenbusch deutlich in den Zahlen niederschlägt.

Wie jede Schule nehmen wir die Kinder, die mit strahlenden Augen kommen, auf und versuchen, ihre Talente zu erkennen. Das machen wir bei uns in einem Musikzweig, in einem Sportzweig – wir sind eine Sportschule NRW bzw. eine Eliteschule des Sports – und in einer speziellen Sprachförderklasse, die insbesondere Kinder aus dem Stadtteil Tannenbusch anspricht. Damit sollen Barrieren abgebaut und die Kinder zu den höheren Schulabschlüssen geführt werden. Das geschieht im ganzheitlichen Ansatz. Es geht dabei nicht nur darum, Fachunterricht zu machen – was wir als Gymnasium natürlich auch im Fokus haben –, sondern auch darum, das Kind in seiner gesamten Umgebung wahrzunehmen. Dazu gehören Familie, Freizeit und das gesamte Umfeld im Stadtteil. Das funktioniert in unseren Augen – im Haus haben wir auch eine Realschule, mit der wir eng zusammenarbeiten – aufgrund eines ausgeprägten Netzwerks im Stadtteil gut. Darin sind nicht nur die Schulen vernetzt, sondern auch Vereine, Träger der Jugend- und Sozialarbeit, Moscheegemeinden, Polizei, Stadt usw.

Man darf natürlich auch nicht die Probleme verschweigen. Was passiert eigentlich, wenn ein Mädchen nicht schwimmen gehen möchte? – Dieses Problem haben wir aber nicht. Wir sprechen uns mit den Moscheen ab. Mit den Vorständen der Moscheen und mit den Trägern der Bäder finden wir eine Lösung, welche Art Kleidung zulässig ist. Wir haben es bisher immer geschafft, alle ins Wasser zu bekommen – auch auf Klassenfahrten.

An unserer Schule haben wir klare Regeln, an die sich alle halten müssen, und wir fordern diese ein. Wenn diese Regeln nicht eingehalten werden, kann ich nur ganz normal das Schulgesetz anwenden, und das tue ich dann auch in allen möglichen Facetten.

Bei diesem ganzheitlichen Ansatz ist die Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen als Klassen- und Fachlehrer im Unterricht ganz wichtig. Wir haben aber auch Projekte der sozialen Arbeit und vor allem auch eine arabisch sprechende Sozialarbeiterin. Wir genießen das sehr, weil diese einen ganz anderen Zugang zu den Familien hat als wir. Wir brauchen teilweise Übersetzer, um mit den Familien in Kontakt zu treten, was sie jedoch nicht braucht. Sie betreut gemeinsam mit einer Kollegin ein sogenanntes Müttercafé, wo die Mütter freiwillig hinkommen und von ihr angesprochen werden. Da werden dann Alltagsorgen, Erziehungsfragen und familiäre Probleme besprochen und angegangen. Dort kann offen gesprochen werden. Das ermöglicht einen guten Zugang zu den Frauen und damit zu den Familien. Von den Klassenlehrern haben wir die Rückmeldung erhalten, dass sich dies positiv auf die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus ausgewirkt hat.

Das wichtigste dabei ist die Beziehungsebene, und gerade die ist leider immer sehr personal- und kostenintensiv. Das ist der Stolperstein des Systems. Wir müssen jedes Jahr immer wieder mit den teilweise freien Trägern gemeinsam Anträge schreiben, um die Sozialarbeit zu finanzieren. Das kostet Energie. Jeder weiß, dass das langfristig angelegt ist. Wir haben das Glück, dass wir diese Gelder meist bewilligt bekommen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn klappt hier wunderbar. Trotzdem haben wir jedes Jahr erneut den Angang, dies neu beantragen zu müssen.

Im Fokus steht bei uns, die Kinder in ihrem demokratischen Handeln zu stärken. Das ist natürlich Ziel jeder Schule, macht bei uns aber besonders Sinn. Dazu gehört die SV-Arbeit und die selbstgestaltete Schule, mit der wir die Kinder stärken. Gerade Kinder aus muslimischen Familien engagieren sich besonders stark, weil sie eine Wirksamkeit ihres Handelns erfahren und positive Rückmeldungen von Mitschülern, Lehrern, Schulleitung und auch vom Umfeld bekommen.

Herr Lürbke, Sie hatten sich einen Bericht aus der Praxis gewünscht. Ich bin ja schon mittendrin. Das Müttercafé ist bei uns sehr gut angekommen, und die Netzwerke und der Austausch sind ganz wichtig. Wenig greifen wir auf vorgefertigte Module, die angeboten werden, zurück. Wenn wir das Gefühl haben, akut handeln zu müssen, weil ein bestimmtes Thema gerade an der Schule aktuell ist, dann greifen wir darauf zurück und laden zum Beispiel eine Theatergruppe ein, die das thematisiert. Das ist aber kein Standard, sondern wir müssen genau beobachten, was passiert. Trotzdem sind die Angebote wichtig.

Genauso wichtig ist es, innerhalb des Netzwerks eine Telefonnummer vom Verfassungsschutz zu haben, bei der man anrufen kann, wenn man den Eindruck hat, dass etwas im Argen ist. Es ist gut, zu wissen, dass dort Unterstützung vorhanden ist. Man bekommt von dort tatsächlich, wie versprochen, immer eine Rückmeldung. Dieser Kontakt funktioniert sehr gut – zumindest für Tannenbusch und Bad Godesberg in Bonn mit den Kontaktpersonen, die ich kenne. Das ist fantastisch.

Noch einmal zusammengefasst: Für uns ist es wichtig, dass Integration gelingt. Wir schaffen das dadurch, dass wir mithilfe unserer Zweige Leute aus anderen Stadtteilen und aus anderen Lebensverhältnissen in den Stadtteil ziehen. Da entstehen Freundschaften, man besucht sich gegenseitig, man lernt andere Lebenswelten kennen und man hat Verständnis für die Situation des anderen. Das ist für uns im Hinblick auf die Integration ganz wichtig. Die dabei bestehenden Stolpersteine habe ich schon benannt.

Noch ein Nachsatz: Man muss in dem Zusammenhang ein bisschen aufpassen – das ist meine ganz persönliche Meinung –, dass man Lehrer nicht überfordert. Ich weiß, dass wir hier nicht im Schulausschuss sind. Man könnte aber eine ganze Landkarte an Stichworten erstellen, was Schule alles leisten soll. Dafür braucht Schule Zeit und Ausbildung. Wir müssen aufpassen, dass wir da nicht aus dem Gleichgewicht geraten.

Marwan Abou-Taam (Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz): Ich kann mich ganz vielen Aussagen sehr gut anschließen und die aufgebrachten Argumente nachvollziehen. Ich habe aber das Gefühl, dass wir im Hinblick auf unser Thema „Radikalisierung und Radikalisierungsprävention“ versuchen, auf einmal alle anderen Bereiche der Jugend- und Kinderarbeit, der Familienhilfe usw. darauf zu examinieren, dass wir neben dem Regelsystem neue Systeme brauchen. – Das ist es aber nicht. Wir müssen uns tatsächlich auf das Problem an sich rückbesinnen: das Problem der Radikalisierung und die daraus entstehende Notwendigkeit der Deradikalisierung – dort, wo tatsächlich Radikalität besteht.

Ich würde gerne mit Ihrer Bemerkung, Herr Wagner, hinsichtlich des Zitats beginnen – wenn es da steht, wird es schon stimmen. Dessen Inhalt ist richtig und es hat eine

Ursache. Und zwar haben wir auf der einen Seite die von Professor El-Mafaalani angesprochenen Standards nicht, und auf der anderen Seite gibt es keine Evaluierung. Außerdem ist die Qualifizierung der Personen, die diese Deradikalisierung tatsächlich durchführen sollen, nicht an bestimmte Abschlüssen oder Qualifikationen gebunden. Um zu deradikalisieren, muss man nicht das, das und das gelernt haben und die und die Fortbildungen belegt haben, wodurch man dann weiß, was man im Gespräch genau zu tun hat. Vielmehr handelt es sich dabei um Personen, die sich im Wirkbetrieb selbst mehr oder weniger ausbilden. Das kann man sehr schlecht evaluieren.

Auf der anderen Seite kommen in Wellenbewegungen immer wieder politische Entscheidungen auf, die dazu beitragen, dass unheimlich viel Geld in das System hineinfließt, um qualifizierte Personen einzustellen, die wissen, wie man ein Beratungsgespräch aufbaut, wobei das System aber nicht in der Lage ist, dieses Geld tatsächlich zu verarbeiten. Wenn das alles nicht stimmt, kann man nicht evaluieren, und dann wissen wir nicht, ob es hilft oder nicht.

Schauen wir uns die Präventionsprojekte bzw. die sogenannten Deradikalisierungsprojekte an, stellen wir fest, dass diese Projekte sehr selten mit bereits radikalisierten Personen arbeiten. Meistens handelt es sich um Umfeldarbeit. In den meisten Fällen geht es darum, die Fragen der Eltern zu beantworten. Ich will das nicht kleinreden; das ist eine wichtige Arbeit. Es handelt sich aber nicht um Deradikalisierung, sondern tatsächlich um eine Beratung und einen Versuch der Kontaktaufnahme. Im besten Falle haben die Eltern oder Lehrer oder wie auch immer tatsächlich den Kontakt zu der betroffenen Person und versuchen, die Personen dafür zu begeistern, sich in ein Deradikalisierungsprojekt hineinzubegeben. Das ist sehr mühsam. Wahrscheinlich sind bundesweit ein oder zwei Handvoll Personen solchen Maßnahmen – also einer konkreten Deradikalisierung von bereits radikalisierten Personen – ausgesetzt worden. Das ist vielmehr die Grundlage der Aussage, die in dem von Ihnen angesprochenen Zitat getroffen wurde.

Die Frage, ob sich auch junge Frauen radikalieren, ist eine sehr patriarchalische Frage. Es ist patriarchalisch anzunehmen, Frauen könnten nicht radikal werden. Es ist auch nicht realitätskonform; denn in jeder Terrororganisation spielen Frauen eine zentrale Rolle. Vor allem die Deutschen müssten es doch wissen. Die RAF ist doch nicht indochinesisch! Dort spielen Frauen eine ganz zentrale Rolle. Warum sollen Frauen in diesem Phänomen keine Rolle spielen? Sie haben übrigens von Anfang an eine ganz zentrale Rolle gespielt. Ich finde es auch ganz komisch, dass diese Frage hier in Nordrhein-Westfalen gestellt wird; denn die erste Studie dazu ist vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen erstellt worden. Sie haben sich als erste damit beschäftigt, wie Frauen in Radikalisierungsprozessen wirken. Natürlich wirken sie und spielen eine Rolle dabei.

Die Frage, wie wir diese Frauen erreichen, ist ebenfalls sehr patriarchalisch. Wir erreichen sie genauso, wie wir Männer erreichen; denn sie sind ja keine Wesen vom Mond. Ich finde komisch, dass Ihnen das ein Araber sagen muss.

(Heiterkeit)

Jetzt kommen wir zu den Ursachen der Radikalisierung. Was wissen wir darüber? Bei der Beantwortung dieser Frage bekommen wir immer Entweder-oder-Antworten. Entweder werden die komplett Deprivierten und Vernachlässigten angeführt, die diskriminiert oder rassistisch angegangen werden, oder die Akademiker. Interessant finde ich, dass es nach dem 11. September 2001 eine Rasterfahndung gab, die besagte, dass Al-Qaida-nahe Leute besonders qualifiziert und mehrsprachig sind und viele Reisen unternehmen, also Globalisten sind. Zehn Jahre später waren, wenn man über Radikalisierte sprach, Analphabeten, Schulabbrecher usw. gemeint. Übrigens ist beides absurd.

Es gibt zahlreiche Forschungsprojekte, in denen gezeigt wird, dass es immer einen Nukleus gibt, also die Ideologen, außerdem aber auch die Sympathisanten, diejenigen, die ab und zu mal mitmachen, die Abenteurer usw. Es ist also immer eine ganze Bandbreite von Personen betroffen. Die radikalen Organisationen sind uns spannenderweise einen Schritt voraus, weil ihre Propaganda genau darauf zielt. In der Propaganda des IS gibt es Videos, die diejenigen ansprechen, die Mordfantasien haben: Kommt hier hin. Hier dürft ihr töten, wie ihr wollt. – Andere Videos sprechen diejenigen an, die ideologisch angesprochen werden wollen: Was ist deine Aufgabe als Moslem? Wie kannst du unterdrückte Muslime unterstützen? – Mit diesen Worten radikalisiert man.

Wenn wir uns die Gruppe der Radikalisierten in Deutschland anschauen, stellen wir fest, dass es diejenigen gibt, die in theoretischer Physik promoviert haben – nicht gerade die Verlierer des Bildungssystems – und diejenigen, die keinen Hauptschulabschluss haben. Beide sind Teil der Bewegung.

Vor dem Hintergrund, dass wir uns in Deutschland immer sehr auf uns selbst konzentrieren, weise ich darauf hin, dass das Phänomen nicht allein ein deutsches ist. Nicht nur wir in Deutschland haben Salafisten, sondern Menschen aus der ganzen Welt haben sich dem IS angeschlossen – so zeigt es zum Beispiel der Blick auf die nach Syrien Ausreisenden. Diese haben natürlich die verschiedensten Motivationen, aber eine Gemeinsamkeit, nämlich die Überzeugung, für eine Ideologie zu kämpfen. Sie stehen für ein Leitbild ein. Wenn Sie im Gespräch die Gelegenheit haben, jemanden zu fragen, warum er radikal geworden ist, wird der Ihnen nicht sagen: Weil mein Mathelehrer mir eine sechs gegeben hat. – Sie werden immer hören: Ich mache es, weil das meine religiöse oder politische Pflicht ist oder wie auch immer. Wir müssen diese ideologische Komponente immer bedenken. Auch wenn sie nicht immer ausschlaggebend ist, ist sie aber immer das zentralste Argument. Ich habe meine Probleme damit, wenn man jetzt loszieht und versucht, Partner zu finden, die bei der Deradikalisierung mitwirken sollen. Ich komme gleich darauf zurück, warum ich damit Probleme habe.

Was bedeutet das nun für einen Forschungsinstitut? Das bedeutet, dass wir kein Forschungsinstitut „Salafismus“ oder „Neosalafismus“ brauchen. Ich finde diese Begriffe übrigens sehr spannend. Wahrscheinlich wird nächstes Jahr ein Buch erscheinen, das „Postsalafismus“ heißen wird. Ich sage jedenfalls Salafismus. Es geht nun nicht darum, dass an einem Forschungsinstitut der Salafismus erforscht wird, sondern wir brauchen ein Forschungsinstitut, das sich mit Extremismus beschäftigt. Die Gemeinsamkeiten in Bezug auf Wege in die Radikalität sind so ähnlich, dass die Kriterien erforscht werden müssen.

Hier muss man auch einen Moment darüber nachdenken, dass es sich gar nicht um so ein Massenphänomen handelt, wie wir es die ganze Zeit annehmen. Bundesweit werden 10.000 Personen vom Verfassungsschutz als Salafisten beobachtet. Ich möchte das nicht herunterspielen; denn es gibt weit mehr Menschen, die extremistisch argumentieren. Radikalisierung ist ein Symptom einer Krankheit, und diese Krankheit befindet sich meist in der Mitte der Gesellschaft. Wenn ich Extremismus erforschen will, muss ich mir den Extremismus der Mitte genauer angucken. Es gibt eine ganze Reihe von Bewegungen, die von diesem Extremismus der Mitte profitieren. Beispielsweise werden in einer theologischen Debatte mit einem Salafisten 90 % dessen, was er sagt, – wenn nicht sogar mehr – mit der Argumentation einer ganz großen, breiten Masse der Muslime der Mitte übereinstimmen.

Ein aktuelles Thema ist zum Beispiel der Antisemitismus unter Muslimen, auch wenn es eigentlich schon ganz lang intensiv erforscht wird. Jetzt kommt raus, dass es dort Antisemitismus gibt. In den meisten arabischen Kulturen ist es so, dass ich, wenn ich jemandem sagen möchte, dass er nervt, sage: Du bist ein Jude. – Das ist ein Antisemitismus der Mitte. Auch wenn es nur am Rand thematisiert wird, wird dies als Mechanismus benutzt, um etwas auszudrücken. Wenn ich das verändern will, muss ich bereits in der Mitte ansetzen. Das müsste solch ein Forschungsinstitut leisten können.

Übrigens gilt dasselbe für Rechtsextremismus. Die Rechtsextremisten am Rande der Gesellschaft behaupten von sich, sie seien eine Avantgarde die das sagten, was die Mitte denke, aber nicht sage. Vereinzelt können sie natürlich die Mitte zitieren, sie verdichten die Zitate aber. Und wenn das für Rechtsradikale gilt, warum soll das nicht auch für Islamisten und Linksextremisten gelten? Dafür braucht man immer eine solidarische Mitte.

Was bedeutet das aus der Perspektive der Sicherheitspolitik? Bei den Anschlägen in Frankreich ist eine Person geflohen und wurde lange gesucht. Er hat sich versteckt in Belgien, in Brüssel, in dem Stadtteil, in dem er geboren wurde und aufgewachsen ist. Obwohl er sich dort bewegt hat – er war beim Friseur, er war einkaufen usw. – hat nicht einer ihn bei der Polizei verraten. Um Extremist zu sein, brauchen Sie eine Solidarisierung der Mitte, die Ihnen Argumente liefert, warum es okay ist.

Das führt uns übrigens zu der Verschärfung, die Herr Mafaalani vorhin eingebracht hat. Was ist, wenn schon die Eltern Salafisten sind? Dann bekomme ich morgens, wenn ich aufstehe, am Frühstückstisch ein Weltbild bezüglich der Nachrichtenlage vermittelt, das verstetigend ist. Solch eine Verstetigung bedarf eines ganz anderen Umgangs, als wenn ich es mit einer Generation zu tun hätte, die sich zunächst von den Eltern distanziert.

Es wurde die Frage gestellt, wie ich die existierenden Projekte bewerte. Ich komme aus Rheinland-Pfalz, bin also kein Mitarbeiter einer Behörde Nordrhein-Westfalens. Deshalb kann ich vielleicht anders sprechen. Nach dem, was in Nordrhein-Westfalen gemacht wird, sehnen sich eine ganze Reihe Bundesländer – sowohl im Hinblick auf die Mittelintensität als auch auf das Konzept. „Wegweiser“ ist deswegen vorbildlich, weil es die Zivilgesellschaft mit einer Behörde verknüpft. In dem Bereich ist das sogar absolut notwendig. Es ist auch klug gewählt, dass das Ganze am Verfassungsschutz andockt, weil der Verfassungsschutz kein Legalitätsprinzip kennt, sondern nur

das Opportunitätsprinzip. Man kann also viel freier mit den Beratern arbeiten und entsprechende Informationen austauschen. Würde man das Ganze beispielsweise bei der Polizei andocken, dann müsste nach dem Legalitätsprinzip jede Aussage zur Anzeige gebracht werden. Das würde eine ganz andere Vorgehensweise bedeuten. Die Fachwelt bewertet also das, was in Nordrhein-Westfalen passiert, sehr positiv.

Man darf hier die Rolle der Landeszentrale für politische Bildung nicht vergessen: Alleine die Tatsache, dass im letzten Jahr viele Veranstaltungen durchgeführt wurden – Qualifizierungsveranstaltungen sowohl für muslimische Gemeinden als auch für andere –, die zwar nicht immer die Überschrift „Deradikalisierung“, aber in der Wirkung tatsächlich die entsprechenden Informationen liefern, ist bundesweit einmalig. Mehr ist immer besser – das ist klar. Aber man muss beachten, dass dieses Mehr tatsächlich auch qualifiziertes Personal braucht. Das existiert aber einfach nicht.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Gerade mit Ihrer letzten Wortmeldung haben Sie alle Fraktionen glücklich gemacht. Jeder konnte sich noch mal etwas rausziehen. Das hat man an den Reaktionen gemerkt. Die erste Halbzeit war für die eine Seite besser, die zweite war wieder für die anderen gut.

Ich habe die Redebeiträge bisher etwas laufen lassen, weil im Vorfeld nur eine schriftliche Stellungnahme eingereicht worden ist. Ich bitte die Sachverständigen, jetzt nur noch auf die Fragen einzugehen. Zu dem einen oder anderen Thema ist noch eine vertiefende Nachfrage gewünscht.

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich fange direkt mit dem letzten Redebeitrag von Herrn Abou-Taam an, und zwar mit dem Thema „Frauen und Mädchen“. Ja, ich gebe Ihnen recht: Wir wissen, dass in linksterroristischen und rechtsextremen Strukturen Frauen aktiv sind. Wir wissen, dass es gerade im Rechtsextremismus lange Zeit verharmlost und immer als Männerphänomen dargestellt wurde. Das ist aber nicht so. Beate Zschäpe ist dabei vielleicht das bekannteste Beispiel, aber eben auch nur ein Beispiel; denn es gibt zahlreiche Frauen in diesem Bereich.

Nun zum Salafismus. Ja, es stimmt, dass wir erst einmal davon ausgehen müssen, dass Mädchen und Frauen sowie Jungen und Männer gleichermaßen angesprochen werden sollten, nur glaube ich, dass das in der Praxis nicht immer so erfolgt. Ich glaube auch, dass sich Frauen und Mädchen in unterschiedlichen Räumen aufhalten und anders auf die Radikalisierung angesprochen werden sollten. Es ist falsch, dieselben Präventionsprojekte und Maßnahmen zu nutzen, um beide Zielgruppen gleichermaßen anzusprechen. Ich glaube dann wäre man ein Stück weit blind für die Bedarfe von Frauen und Mädchen.

Ich meine schon, dass man sich Gedanken darüber machen muss, wie man es schaffen kann, beide Gruppen anzusprechen. Aus dem Rechtsextremismus kenne ich es, dass man meist die Zielgruppe der Männer vor Augen hat und darauf Programme ausrichtet, es aber doch spezialisierter Angebote für Frauen und Mädchen bedarf. Man kann auch fordern, dass es nicht nur auf Frauen und Mädchen spezialisierte Angebote geben darf, sondern dass Angebote für alle da sein müssen. Man muss beide Gruppen im Blick haben. Das finde ich wichtig.

Auch im Hinblick auf die Beratung reicht es nicht aus, in einem Aussteigerprogramm – NRW macht es so ja auch nicht – nur Männer einzustellen. Wir brauchen auch Frauen, die als Beraterinnen tätig sind.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Frau Schäffer, es geht um Fragen.

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich wollte nur noch einmal klarstellen, warum wir das in dem Antrag so aufgeführt haben.

Wir haben etwas über das Müttercafé in Bonn gehört. Gibt es weitere Beispiele aus Nordrhein-Westfalen oder anderen Bundesländern, die es sich anzuschauen lohnt, und die in Bezug auf Frauen und Mädchen einen Vorbildcharakter haben? Vielleicht kann man diese in NRW implementieren – auch in Städten, in denen es das noch nicht gibt.

Herr Charchira, Sie hatten über das Thema „alternative Identitätsangebote“ gesprochen. Das finde ich spannend. Wir diskutieren immer wieder darüber, dass wir Gegenarrative im Internet brauchen. Diese Diskussion wird häufig von Sicherheitsbehörden geführt, die nette YouTube-Videos machen wollen, um Gegenarrative zu schaffen. Funktioniert das? Können Sicherheitsbehörden Gegenarrative schaffen oder müssen das andere machen?

Das Thema „Zivilgesellschaft“ treibt mich um; denn in diesem Themenfeld ist die Zivilgesellschaft weniger präsent als in anderen Bereichen. Wie können wir als Land konkret die Zivilgesellschaft unterstützen? Herr Schultz sprach die freien Träger und die Frage, wie man an Mittel kommt, an. Eigentlich brauchen wir doch einen Projektfördertopf auf Landesebene, aus dem Mittel an Initiativen und freie Träger gegeben werden, um deren zivilgesellschaftliche Arbeit in diesem Themenfeld machen zu können. Finden Sie das sinnvoll? Gibt es auch genügend Akteure, die das beantragen würden?

Wir haben jetzt häufig über Jugendhilfe gesprochen. Es wurde von den Sachverständigen gesagt, dass wir wissen, dass die Altersspanne sowohl nach unten als auch nach oben reicht und auch 40-Jährige betroffen sind. Letztere erreichen wir ja nicht mehr mit der klassischen Jugendhilfe. Wie erreichen wir denn 30- bis 40-Jährige, die eben nicht in den klassischen Systemen wie Schule und sonst wo auftauchen? Gerade im Hinblick auf die Demokratieförderung ist das eine spannende Frage. Wie kommen wir an die ran? Aus meiner Sicht müsste man gerade mit Multiplikatoren arbeiten – also zum Beispiel mit Eltern oder Personen aus anderen Netzwerken oder einem anderen Umfeld.

Marc Lürbke (FDP): Herr Abou-Taam, auch ich habe anfangs auf junge Frauen und Mädchen abgestellt. Ich habe nicht gesagt, dass wir kein Problem haben. Es stellt sich nur die Frage, wie wir damit umgehen sollen und welche Lösungen wir erarbeiten können.

Herr Charchira und Herr Küçük haben die Beratung angesprochen. Wie ist denn der Anteil von Männern und Frauen in der Beratung? Wegweiser in Dortmund wurde angesprochen. Vielleicht gibt es da Erfahrungswerte. Welche Probleme bestehen dabei, den Zugang zu Frauen zu finden?

Herr Schultz, Sie haben in Ihrem letzten Satz die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer angesprochen. Das halten wir für einen ganz wichtigen Aspekt, damit wirklich auch flächendeckend die Früherkennung gewährleistet werden kann. Ich höre, dass das bei Ihnen schon sehr fortgeschritten ist und alle sehr sensibilisiert sind. Können Sie trotzdem aus Ihrer fachlichen Perspektive erläutern, wie eine solche Fortbildung eigentlich aussehen muss? Kann das „Wegweiser“ vor Ort machen? Muss das jemand anderes machen? Wie soll das funktionieren? Bei Ihnen ist man damit sehr weit. Ich komme aus Paderborn, und wir sind auch bei vielen Dingen gut aufgestellt, allerdings haben wir keinen ähnlichen Brennpunkt wie Sie. Wie muss die Optimierung der Aus- und Fortbildung für ganz NRW gestaltet werden?

Markus Wagner (AfD): Der zugrunde liegende Antrag bezeichnet ja die Radikalisierungsursachen als vielfältig. In der Aufzählung fährt man dann aber sehr monokausal fort, indem man soziale Ungerechtigkeiten gegenüber muslimischen Jugendlichen anführt – und das war's dann. Vor dem Hintergrund stellt sich für mich die Frage, ob es Forschungsprojekte gibt, die auch die muslimischen Bevölkerungssegmente kritisch in den Blick nehmen und damit die Anfangsbedingungen der Kausalketten nicht ausschließlich im Handeln der Mehrheitsgesellschaft sehen.

Vorhin wurde angeregt, Fördertöpfe für zivilgesellschaftliche Organisationen im Hinblick auf einschlägige Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Herr Professor El-Mafaalani oder Herr Abou-Taam, ich frage mich, welchen Sinn es macht, solche Fördertöpfe zur Verfügung zu stellen, wenn es noch keine ausreichende Evaluation gibt.

Herr El-Mafaalani, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie davon gesprochen, dass Sie derzeit einen Regelbetrieb als nicht möglich ansehen, weil die Grundlagen für diesen Regelbetrieb fehlen. Welche Grundlagen müssten auf jeden Fall bestehen, um solch einen Regelbetrieb möglich zu machen?

Herr Abou-Taam, Sie haben zu Recht davon gesprochen, dass man Salafismus auch im Zusammenhang mit Extremismus sehen muss, weil er eine Form des Extremismus ist. Allerdings hat jeder Extremismus eine ideologische Grundlage. Ich gehe davon aus, dass die ideologische Grundlage des Salafismus der Koran ist. Ob zu Recht oder zu Unrecht lasse ich einmal völlig dahingestellt. Es stellt sich also die Frage, wie wir mit der ideologischen Grundlage umgehen. Wie formulieren wir diese ideologische Grundlage so um, dass sie nicht mehr als Grundlage dienen kann? Das ist eine sehr schwierige Aufgabe.

Herr Abou-Taam, bis heute gibt es im Projekt „Wegweiser“ keinen abgeschlossenen Fall. Das kann es auch gar nicht geben, weil wir gar nicht wissen, wann ein Fall abgeschlossen ist. Sie haben das vorhin sehr schön skizziert. Ich behaupte mal, Herr Abou-Taam, ein Fall kann doch in erster Linie nur dann als abgeschlossen gelten, wenn eine Deradikalisierung erreicht wurde. Welche Voraussetzungen müssten also Projekte wie Wegweiser erfüllen, damit wir auch von einer Deradikalisierung sprechen können und nicht nur von einer Prävention, die wir letztlich nicht nachhaltig bestimmen können?

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Folgende Frage richtet sich an alle Sachverständigen. Professor El-Mafaalani hat soeben dargestellt, dass der zweite Punkt aus dem

Antrag der Grünen eigentlich der erste sein müsste. Es müssten das Forschungsinstitut und die Forschung vorne stehen. Diese müssten Ihrer Meinung nach Grundlage für alles weitere sein, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Ist das so sinngemäß richtig wiedergegeben?

(Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani: Ja!)

Herr Abou-Taam hat soeben gesagt, dass man sich nicht auf bestimmte Gruppen fokussieren sollte, sondern dass die Radikalisierung in allen Bevölkerungsschichten vorkommt und nicht nur in bestimmten Bereichen und dass das vielfältige Ursachen hat. Würde es dann nicht aus Ihrer Sicht mehr Sinn machen, zuerst die Forschung zu betreiben und sie nicht nur auf einen bestimmten Bereich zu fokussieren, bevor man Präventionsmaßnahmen in solch einem speziellen Bereich wie dem Neosalafismus nachhaltig verankert und ausbaut, ohne zu wissen, ob dies überhaupt wirkt, man damit das Ziel erreicht und eine Radikalisierung verhindert? Müsste man nicht zuerst den zweiten Schritt aus dem Antrag gehen?

Herr Schultz hat uns gerade das sehr gute Beispiel Tannenbusch vorgestellt. Müsste man nicht parallel an den Schulen bzw. auch allen anderen Strukturen – zum Beispiel Vereinen – ansetzen, bevor man so spezielle Präventionsprogramme in einem ganz bestimmten Bereich schafft?

Herr Charchira, Sie haben soeben gesagt, dass das System in NRW gut funktioniert. Woran machen Sie das fest, wenn es doch bisher überhaupt keine Evaluation gibt? Was heißt „gut“? Hat es aus Ihrer Sicht gewirkt? Wenn ja, wie hat es gewirkt? Woran machen Sie fest, dass das System gut ist?

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Professor El-Mafaalani, Sie hatten gerade davon gesprochen, dass es einen verstärkten extremen Salafismus bei Eltern gibt. Herr Abou-Taam hat insbesondere von den Frauen gesprochen. Wie kommen wir eigentlich an die Frauen heran, die zwar die Kinder erziehen und damit prägend sind, sich aber eigentlich außerhalb des Radars befinden, weil sie aufgrund der kulturellen Strukturen überhaupt nicht aus dem Haus kommen? Mir erschließt sich im Moment nicht, wie man es schaffen kann, dort anzusetzen.

Herr Abou-Taam hat gerade vom Extremismus der Mitte gesprochen – das ist ein interessanter Begriff –, der dafür sorgt, dass der Salafismus zu einem extremen Salafismus wird. So habe ich Sie verstanden. Wenn wir das jetzt auf den Zulauf bei den Rechten beziehen, würde die Annahme dieses Theoriemodells bedeuten, dass der Zulauf bei den Rechten auch ein Extremismus der Mitte ist.

(Marwan Abou-Taam nickt bestätigend.)

Vielleicht können Sie das noch einmal erklären.

Herr Küçük, Sie haben soeben das Stichwort „alternative Sicherheitspolitik“ genannt. Ich weiß nicht, wie ich den Begriff einordnen soll. Vielleicht können Sie ihn noch einmal erläutern.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Herr Abou-Taam, können Sie uns kurz Deradikalisierungsprozesse vorstellen? Vielleicht können Sie auch noch einmal darlegen, was mit der Ideologie in Deradikalisierungsprozessen passiert und ob es Unterschiede in den unterschiedlichen radikalen Szenen gibt? Oder sind die Verläufe ähnlich?

Herr Charchira, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns den Stand und die Abläufe des Wegweiser-Programms in NRW noch einmal darstellen könnten – vor allem mit dem Fokus darauf, ab wann im Rahmen des Wegweiser-Programms ein Fall als abgeschlossen gilt.

Daniel Sieveke (CDU): Ich habe den Begriff des „Extremismus der Mitte“ anders wahrgenommen als Herr Yetim. Ich habe Ihren Begriff der Mitte nicht als die politische Mitte, so wie wir sie diskutieren, verstanden, sondern im Sinne der Breite der Öffentlichkeit in der muslimischen Community.

(Berivan Aymaz [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

– Es mag sein, dass Sie das anders verstanden haben. Ich habe es aber so verstanden. Ich würde Sie bitten, Herr Abou-Taam, das noch einmal auszuführen.

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani (FH Münster, Fachbereich Sozialwesen): Der Begriff des „Extremismus der Mitte“ ist tatsächlich nicht so günstig gewählt. Die These, die dahinter steht, kommt aber tatsächlich aus der Forschung zum Rechtsextremismus. Damit ist nicht gemeint, dass sich die Mitte auf einmal radikalisiert. Vielmehr verschiebt sich der Durchschnitt des allgemeinen Diskurses, die Mitte der Mitte, und das mobilisiert Rechtsextreme. Das gleiche gilt für Muslime: Wenn die Mitte der Mitte der Muslime frommer und konservativer wird, motiviert das genau diejenigen, die immer schon radikal waren, aber jetzt das Gefühl haben, eine bedeutendere Position zu haben. Diese These wird in der Extremismusforschung intensiv diskutiert. Es gibt aber auch plausible Gründe dafür, dass das nicht alles ist – gerade weil alle extremistischen Szenen international beeinflusst sind.

Oft hat das nicht nur damit zu tun, was im nationalen Mitte-Mitte-Diskurs stattfindet, sondern vor allem ist der internationale Diskurs relevant. Bezogen auf Islamismus liegt es auf der Hand, dass sich gerade der Schwerpunkt der internationalen Bewegungen verschoben hat.

Sie alle sollten nicht zu viele Erwartungen an die Wissenschaft haben. Wenn beispielsweise Wirtschaftswissenschaftler am besten Unternehmen gründen könnten, dann müssten sie alle reich sein. Ich weiß natürlich, dass es davon auch ein paar gibt. So hat es zum Beispiel Keynes geschafft.

Das Schlimmste was Sie tun könnten, wäre, zuerst ein Institut zu gründen, das Konzepte entwickelt, die dann umgesetzt werden sollen. Das wäre eine Katastrophe. Die Fördertöpfe müssen da sein, und in der Ausführung der Arbeit werden aber Fehler gemacht. Das war schon immer so. Wenn irgendein Phänomen neu war, wurden in der Praxis Dinge ausprobiert. Wissenschaftler können nur – mehr können Sie nicht erwarten – evaluieren, systematisieren und empirisch begründbar und repräsentativ belegen, was wann aussichtsreich ist und was nicht. Dafür muss es aber eine Praxis

geben. Es macht überhaupt keinen Sinn, das Ganze nicht mehr zu fördern und stattdessen zuerst Wissenschaftler arbeiten zu lassen. Das wäre desaströs. Bei jedem hauptamtlichen Wissenschaftler, der Ihnen etwas anderes verspricht, wäre ich sofort skeptisch.

Bezogen auf das Forschungsinstitut haben Sie mich richtig verstanden, aber dieses sollte den großen Schwerpunkt der praxisbezogenen Forschung abdecken, also etwas, was Universitäten von sich aus nicht machen würden. Man müsste das Institut in die Verantwortung nehmen und einen ganz großen Schwerpunkt, Fortbildungsprogramme zu entwickeln und das, was in der Forschung passiert, unmittelbar der Praxis zur Verfügung zu stellen, festlegen. Dazu gehören zum Beispiel Berichterstattungen.

Wenn mich jemand anrufen und sagen würde, dass es mit irgendeinem Jugendlichen ungünstig aussieht – es passiert manchmal, dass sogar Wegweiser-Leute mich anrufen –, könnte ich nicht über jeden Stadtteil in Nordrhein-Westfalen sagen, ob es dort problematisch ist oder nicht. Man bräuchte hierfür also eine niedrigschwellige Stelle, damit man nicht direkt beim Verfassungsschutz anrufen muss. Man weiß nie, ob sie dort einem konkret etwas dazu sagen. Diese niedrigschwellige Stelle könnte alles sammeln und verschiedene Konzepte zur Verfügung stellen. Sie sollte dem Anrufer sagen können – das kann im Augenblick niemand –, wie viel Prozent der Projekte in Nordrhein-Westfalen Onlineberatungen oder Streetworking sind und wie viele Projekte sich wirklich mit schon Radikalisierten befassen. Marwan, du schätzt, dass es in Gesamtdeutschland zehn sind.

(Marwan Abou-Taam: Zwei Hände voll, also 20!)

Auch der Verfassungsschutz kann das übrigens nicht sagen – auch von dort kam das ein oder andere Mal eine Anfrage. Wir sammeln das jetzt als Mapping für Gesamtdeutschland. Das soll quasi eine Vollerhebung sein. Dieses Drittmittelprojekt läuft nach drei Jahren aus, und wie es fortgeschrieben wird, steht noch einmal auf einem anderen Blatt.

Sinn der ganzen Sache ist die Berichterstattung, das Sammeln von wichtigen Informationen für die Zivilgesellschaft, die Planung und Organisation von Fortbildungsprogrammen und zum Teil deren Umsetzung. Wenn man das gewährleisten würde, könnte man den Regelbetrieb richtig breit auf diese Thematik hin ausbauen. Wollte man es schon heute, wäre es weniger ein finanzielles Problem als vielmehr ein Problem zu geringer Qualifizierungen – das haben alle gesagt.

Ich kann Ihnen ein Projekt nennen, in dem die Ursachen ganz breit untersucht werden, nämlich ein Projekt, das meine Arbeitsgruppe aus Mitteln des CoRE-Netzwerks NRW durchführt: „Anfällig für Radikalisierung?“ Im Rahmen des Projekts werden Jugendliche an drei verschiedenen Orten in Nordrhein-Westfalen untersucht, die einfach nur etwas mit anderen Muslimen zu tun haben – egal ob sie selbst Muslime sind oder nicht. In dem Projekt schauen wir, wo Anknüpfungspunkte bestehen. Was kennen sie beispielsweise schon bezogen auf Salafismus? Welche Denkweisen teilen sie? Was empfinden sie bei online einsehbaren Predigten?

Letztere sehen übrigens alle. Als ich die Kinder in meiner eigenen Familie befragt habe, stellte sich heraus, dass sie sich alle schon einmal Pierre-Vogel-Videos oder andere angeschaut haben. Wenn nur Salafisten Zuschauer wären, käme man auch

nicht auf 5 Millionen Klicks. Die Videos sind irgendwie hipp und witzig. Die Frage ist aber, wer es nur albern oder abstoßend findet oder darin nur Comedy sieht, und wer den gezeigten Inhalt bis auf ein, zwei Sachen total plausibel findet.

In dem Projekt fangen wir bei 11-Jährigen an – es umfasst aber nur nichtradikale Personen –, und wir gucken, wie hoch die Überschneidung ist. Wenn ich mir anschau, was Islamverbände machen, wie deren Position und die offizielle Position salafistischer Prediger ist, dann stellt man fest, dass 75 bis 90 % übereinstimmen. Es fehlt also nur noch ein kleiner Bereich. Es ist spannend, zu sehen, ob Jugendliche bei diesen Predigern genau diesen kleinen Bereich, der die Differenz bildet, attraktiv finden, oder ob es vielleicht die 75 bis 90 % sind. Wären es zum Beispiel die 75 bis 90 %, müssten Präventionsprojekte etwas ganz anderes in den Blick nehmen: Sie müssten viel stärker theologische Diskurse anregen, als wenn es die übriggebliebenen 10 bis 25 % Differenz zwischen allgemeinem theologischen Diskurs und Salafismus wären. Beide spielen eine Rolle, wir können nur nicht quantifizieren, wie gewichtig das eine oder das andere ist. Das ist der Sinn des Projekts.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Projekten aufzählen, die theologische und islamwissenschaftliche Aspekte und die Praxis der meist im Visier stehenden größeren Verbände berücksichtigen. Was ausschlaggebend ist, wissen wir nicht, wir erkennen aber, dass es schon sehr viele Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsextremismus und Islamismus gibt. Mir ist nicht bekannt, dass dies schon einmal dem Linksextremismus gegenübergestellt worden ist, jedoch würde ich definitiv sagen, dass die extremistischen Richtungen in dieser Hinsicht übereinstimmen.

Ich möchte Ihnen deutlich machen, was in Nordrhein-Westfalen den Unterschied zwischen islamisch begründetem Extremismus und Rechtsextremismus ausmacht. Die rechtsextremen Gruppierungen sind im Vergleich zu den salafistischen immobil. Sie verharren stabil vor Ort und reisen nur ab und zu in eine andere Stadt oder ein anderes Bundesland, wenn dort eine Demo oder ein Konzert stattfindet. Hingegen heißt es in der salafistischen Szene überhaupt nichts, den Wohnort einer sicherheitsrelevanten Person zu kennen. Sie sind mobiler als jede andere extremistische Bewegung. Das stellt alle – auch die Wissenschaftler – vor besondere Herausforderungen.

Den anderen Grund, warum Deradikalisierung in hohem Maße anspruchsvoll ist, erkenne ich jetzt selbst bei einem anderen vom BMBF geförderten Projekt, in dem wir uns Deradikalisierungsprozesse und -maßnahmen anschauen. Für uns Forscher ist dies das Anspruchsvollste, was wir jemals gemacht haben. Während wir dies nur beobachten, hat es jedoch bei den Fachkräften, die wirklich involviert sind, eine Sicherheitsrelevanz. Man muss dabei eine ganz dicke Haut haben. Menschen, die selbst Familie und Kinder haben, werden das nicht lange machen können; denn es ist riskant – gerade wenn es aufsuchend ausgestaltet ist. Die meisten Deradikalisierungsmaßnahmen sind passiv. Zu denen müsste jemand kommen und sagen, dass er aussteigen möchte. Die aktive, aufsuchende Tätigkeit ist in pädagogischer, therapeutischer und fachbezogener Hinsicht enorm anspruchsvoll. Das zivilgesellschaftlich zu machen, ist nicht so leicht möglich. Es ist nicht unmöglich, und es sollte auch anvisiert werden, aber dafür braucht man Qualifizierung und die Politik muss einen Plan haben.

Der Plan müsste die Frage beantworten, ob es das Ziel ist, die betreffenden Personen wirklich zu deradikalisieren.

Eine wirkliche Deradikalisierung würde beinhalten, dass die Ideologie danach verschwunden ist. Aus wissenschaftlicher Sicht ist das aber ein äußerst seltener und außergewöhnlicher Prozess. Wenn das mal klappt, kann man drei Kreuze machen und eine Flasche Sekt aufmachen. Reicht es aber vielleicht auch, offen und transparent zu demobilisieren oder zu distanzieren – diese Begriffe sind schlechte Übersetzungen aus dem Englischen –, also zu schaffen, dass die Menschen im Sinne des Sicherheitsaspekts auf Gewalt verzichten und ihre Ideologie genauso weiterverfolgen, allerdings ohne Gewaltbereitschaft? Will man dieses Ziel überhaupt so transparent und offen kommunizieren? Will man Programme mit vielen Mitteln und Qualifikationen und mit großem Engagement fördern, wobei aber gleichzeitig der allgemeinen Öffentlichkeit gesagt wird, dass die Personen nicht deideologisiert werden sollen, sondern nur die Gewaltbereitschaft reduziert und der Sicherheitsaspekt bedient werden soll?

Das ist eine politische Abwägung. Da will ich mich gar nicht einmischen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wahrscheinlicher ist es, die Gewaltbereitschaft zu senken. Das kann man tatsächlich als Ziel formulieren. Wenn man wirklich deideologisieren möchte, dann hat man sich ein Ziel gesetzt, das riskanter ist, als ab jetzt für immer eine schwarze Null in allen Bundesländern festzulegen. Letzteres halte ich für wahrscheinlicher, als Projekte aufzusetzen, in denen Menschen im Sinne einer Deideologisierung aufsuchend deradikalisiert und Personen zu ordentlichen Demokraten und netten Menschen gemacht werden. Es deideologisieren und deradikalisieren sich viele, aber die wenigsten davon aufgrund von Maßnahmen, sondern die meisten von ganz alleine.

Noch eine Anmerkung in Bezug auf Frauen. Aus empirischer Sicht ist es hoch plausibel, dass sich Frauen radikalieren – viel plausibler als bei Männern. Bei Männern sind die Vorteile der Radikalisierung sehr divers. Bei der größten Gruppe von Frauen stellt man fest, dass fern ab von ideologischen, religiösen oder sozialstrukturellen Aspekten – Oberschicht, Mittelschicht, Unterschicht – ein zentrales Prinzip gilt: Frauen, die in konservativen Milieus aufgewachsen sind und dort erlebt haben, dass sie weniger Teilhabechancen und Freiheiten haben als ihre Brüder, erleben in der salafistischen Bewegung eine Emanzipation, weil ihre „Brüder“ dort – die Männer – Emanzipation nach unten erfahren. Die Frauen wurden selbst mit einem strengen Regelwerk erzogen und finden dies häufig irgendwann richtig und gut, und sie erleben, dass sich die Jungs mit Drogen, Alkohol oder Prostitution völlig daneben benehmen. In der salafistischen Bewegung sehen sie aber Männer, die sich genauso verhalten wie sie selbst. Sie erleben Emanzipation nach unten.

Innerhalb der Wissenschaft haben das alle als einen hochspektakulären Befund angesehen. Selbst Wissenschaftler, die sich viel damit beschäftigt haben, fanden das spektakulär. Alle in meiner Arbeitsgruppe finden es folglich interessanter, Männer zu verstehen als Frauen. Bei Frauen ist es plausibel; denn sie gehen selten große Gefahren durch Gewalt ein.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Aber dann braucht man doch mehr Empowerment für Frauen, oder? Das ist doch dann der Schlüssel!)

– Klar. Jetzt bin ich ganz ehrlich: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie Sie Frauen erreichen können. Ich kenne keinen Wissenschaftler, der es sagen kann, es sei denn, er hat die Praxis beobachtet und evaluiert.

Marwan Abou-Taam (Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz): Ich habe es vorhin nicht so gemeint, dass Sie nicht wissen, dass sich auch Frauen radikalieren können, sondern ich will darauf hinaus, dass man zwischen einem taktischen und einem strategischen Vorgehen unterscheiden muss, um die Frauen zu erreichen. Die Strategie ist für Männer und Frauen gleich. Es geht darum, sie für die Demokratie zurückzugewinnen. Taktisch muss man an der ein oder anderen Stelle vielleicht eine andere Nuance einsetzen, um die Frauen zu erreichen.

In den zurzeit bundesweit und in Nordrhein-Westfalen existierenden Beratungsprojekten sind Frauen in den Beraterteams aber nicht unterrepräsentiert. In manchen Beraterteams sind Frauen sogar überproportional vertreten. Die Frage ist nur, ob sie die entsprechenden Mittel haben, um auch an radikalisierte Frauen heranzukommen. Das ist kein Problem, das sich nur auf Frauen bezieht, sondern wir haben insgesamt Probleme damit, Radikalisierte zu erreichen. Das funktioniert sehr selten. Die meisten Berater beraten das Umfeld – Mütter, Väter, Lehrerinnen und Lehrer usw. Sowohl Männer als auch Frauen sind als Berater in dem Bereich sehr aktiv. Meines Erachtens machen sie gute Arbeit.

Jetzt stellt sich sofort die Frage, wie man gute Arbeit einschätzen kann. Mit „gut“ meine ich „gut“ im Prozess des Fahrradfahrenlernens. Kann man also auf gestellte Fragen entsprechende Antworten liefern? Man kann im Prinzip aber nicht sagen, wie das dann tatsächlich zur Deradikalisierung beiträgt.

Ich kann die Bewertung von Herrn El-Mafaalani absolut teilen, dass man sehr plausibel nachvollziehen kann, warum sich Frauen in einer radikalen Gruppe wohl fühlen könnten. Sie sind aber unter den Salafisten nicht überproportional vertreten. Die Gruppe der Frauen stellt innerhalb des Salafismus immer noch eine Minderheit dar. Ein Argument ist hier absolut schlüssig: Im Prozess der Radikalisierung verschafft das religiöse Verhalten den Frauen, aber auch teilweise den Jungs in den Familien mehr Freiheiten. Das Vertrauen der Familien in die eigenen Töchter wächst, wenn sie sich auf einmal konservativ verhalten, und sie dürfen sich dann freier in der Öffentlichkeit bewegen. Das trägt dazu bei, dass sie sich langsam in die Radikalisierung hinein begeben.

Die Taktik, um das zu verhindern, wäre, muslimischen Vätern und Müttern deutlich zu machen, dass die Segregation ihrer Töchter nicht dazu beiträgt, dass diese zu selbstbewussten Persönlichkeiten innerhalb der Gesellschaft werden. Das ist ein integrationspolitisches und meines Erachtens vor allem ein religionspolitisches Problem, weil hier tatsächlich konservativ-religiöse und salafistische Geschlechterrollen übereinstimmen.

Da sind wir direkt bei der Ideologie angekommen. Herr Wagner, Sie haben interpretiert, dass der Koran die Ideologie der Salafisten sei. Ich würde nicht sagen, dass der Koran eine Ideologie ist. Ich habe vorhin eine Aussage getroffen, und hier haben mehrere Personen diese Aussage so derart unterschiedlich interpretiert, dass wir nun aufklären müssen, was mit Mitte gemeint ist. In der deutschen Sprache ist dieses Wort

aktuell modern, und es existieren dafür viele Interpretationsmöglichkeiten. Der Koran ist ein Buch, das vor 1.400 Jahren in der Sprache der Araber aus dem siebten Jahrhundert entstanden ist. Sie können sich vorstellen, dass viele Muslime logischerweise den Koran sehr unterschiedlich verstehen werden, wenn daraus zitiert wird. Das ist mit der Bibel übrigens nicht anders. Das Problem liegt bei denen, die aus dem Koran etwas politisch-ideologisches ableiten.

Eine Auseinandersetzung mit der Religion des Islams gehört zu jeder Deradikalisierungsstrategie. Es gibt eben keine Islamisten, die sich auf Buddha beziehen. Die Personen selbst beziehen sich auf den Islam, und somit müssen sich insbesondere Muslime mit den Argumenten der Salafisten auseinandersetzen und eine entsprechende Antwort liefern.

Gegennarrative können dem nur Muslime selbst entgegensetzen. Zu der Frage, ob Sicherheitsbehörden Gegennarrative produzieren können, gibt es eine Studie des BKA, die gerade aktuell veröffentlicht worden ist. Sie besagt, dass es nicht funktioniert – so sagt es auch der internationale Wissensstand. In einer Veröffentlichung vom Berliner Verfassungsschutz geht es darum, Gegennarrative zu produzieren. Sie haben es dort ganz interessant aufgezogen und Aussagen von Osama bin Laden auf der einen Seite Aussagen anderer auf der anderen Seite gegenübergestellt. Daraus hat man ein Buch gemacht: Die wichtigsten Aussagen von Osama bin Laden. – Diejenigen, die sich radikalieren wollen, werden die eine Seite lesen und nicht die andere. Ideologie macht blind, und deshalb sehe ich auf der einen Seite das, was ich lesen will, und auf der anderen Seite sehe ich eine Verschwörung. Extremisten sprechen doch dauernd von einer Verschwörung – völlig egal, von wem das Gegenargument geliefert wird. Interessanterweise betrachten die internationalen islamistischen Bewegungen wie Al-Qaida, IS usw. die Orthodoxie als Form der Ungläubigkeit. Sie sagen, es handele sich um Verschwörer und um Instrumente der Herrschaft, um den Islam niederzumachen. Ich bezweifle, dass Gegennarrative hier funktionieren würden.

In jedem Fall funktioniert das, was wir unterschätzen: die Kraft der Demokratie. Wir brauchen keine Gegennarrative, denn wir haben das Hauptnarrativ. Vielmehr ist der radikale Diskurs ein Gegennarrativ zu unseren demokratischen Narrativen, die den Menschen deutlich machen, dass sie in unserer Gesellschaft einen Platz haben. Da wären wir bei einer integrationspolitischen Maßnahme. Wahrscheinlich haben Sie das soeben mit der Frage gemeint, wie wir es schaffen können. Wir müssen die Realität anerkennen, dass ein großer Teil der in Deutschland lebenden Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat. Sie brauchen Teilhabe. Das ist aber keine Deradikalisierung, sondern eine breite Prävention – oder wie auch immer. Das ist auf jeden Fall ein Gewinn für die Demokratie.

Nun zu den Deradikalisierungsprozessen – was kann man beobachten und wo sind sie gelungen? Professor El-Mafaalani hat vorhin bereits angedeutet, dass wir nicht wissen, wie das Ergebnis einer Deradikalisierung aussehen soll. Was soll am Schluss dessen stehen? Es gibt übrigens eine ganze Reihe von Personen, die aus radikalen Szenen ausgestiegen sind. Die meisten sind ausgestiegen, weil sie die richtige Partnerin kennengelernt haben. Jetzt könnte man sagen: Die beste Deradikalisierungsmaßnahme wäre eine Partnerbörse.

(Heiterkeit)

Die deradikalisierten Personen sind von einer sozialen Gruppe wegbewegt worden. Das ist eine Art Substitution: Ich löse mich aus einer bestimmten Gruppe, muss aber an eine andere andocken. Nur dann funktioniert Deradikalisierung. Wir kennen das auch aus dem Bereich der Drogenabhängigkeit: Wenn jemand eine Therapie macht und er danach wieder in den gleichen Stadtteil kommt, die gleichen Freunde und die gleichen Probleme hat usw., ist die Wahrscheinlichkeit, dass er wieder Drogen nehmen wird, extrem hoch. Neben den Deradikalisierungsstrategien, die wir in vielen Projekten ausprobieren, brauchen wir irgendwann eine Strategie in der Phase der Stabilisierung. Von solchen Projekten haben wir sehr wenige.

Diese Projekte sind kostengünstig, weil sie wiederum die Regelangebote nutzen können. Um jemanden in Arbeit vermitteln zu können, haben wir die Arbeitsämter, um jemanden in eine entsprechende Umgebung zu integrieren, haben wir die Sportverbände usw. Es gibt also eine ganze Reihe gesellschaftspolitischer und zivilgesellschaftlicher Angebote, die im Kontext der Stabilisierung nutzbar gemacht werden können. Das ist aber keine Deradikalisierung. In Dänemark spricht man auch nicht von Deradikalisierung, sondern von „disengagement“. Die Menschen sollen also nicht mehr gemäß ihrer ideologischen Überzeugung aktiv sein. In der deutschen Debatte spielt das aber keine Rolle. Hier geht es tatsächlich um Deradikalisierung im Sinne eines Wegbringens von der Ideologie.

Problematisch ist aber, zu sagen, die Religion würde die Ideologie darstellen – das, was Sie, Herr Wagner, vorhin in Bezug auf den Koran gemacht haben. Heißt das, dass ich aus diesen Menschen Atheisten oder Christen machen muss, damit sie nicht mehr gefährlich sind? – Das wird nicht passieren. Sie brauchen andere Strategien, und die Taktiken liegen im Prozess begründet.

Samy Charchira (Universität Osnabrück, Institut für Islamische Theologie): Ich würde einen erheblichen Unterschied in Bezug auf die Frage nach den Frauen sehen. Die Ansprache, die wir bei männlichen Jugendlichen machen, kann bei Frauen nicht funktionieren, weil andere Wirkungsräume und Spezifikationen vorliegen. Mit einer jungen Frau, die sich in einem gewissen Maß radikalisiert hat, gehen eine ganze Reihe von Begleiterscheinungen einher. Zum Beispiel wird der Kontakt zu männlichen Personen – welchen auch immer – massiv reduziert, also gegen Null zurückgefahren. Es wird der Kontakt mit einem Mann verweigert, bis hin zu der Weigerung, überhaupt mit einem Mann in einem Raum zu sein, ohne dass ein Dritter dabei ist. Zusätzlich brechen junge Frauen vielleicht die Schule ab und ziehen sich in den häuslichen Rahmen zurück. Vielleicht werden sie relativ jung verheiratet, und vielleicht kommen relativ schnell Kinder zur Welt. Die Frau verschwindet also aus dem sichtbaren öffentlichen Raum und begibt sich in einen häuslichen Rahmen, wozu kaum jemand Zugang hat.

Die klassische Ansprache, die wir bei den männlichen Jugendlichen in der Schule, in Freizeiteinrichtungen, in der Stadtteilarbeit usw. machen, funktioniert hier tatsächlich nicht. Sie brauchen dazu eine ganz gezielte Ansprache, die vor allem über weibliche Personen geschehen muss, weil Sie sonst überhaupt keinen Zugang zu den Personen bekommen. Außerdem gehen damit noch andere Zwänge – durch den Ehemann

o. ä. – einher, während bei männlichen Jugendlichen eher die Ideologie im Vordergrund steht, die sie für sich selbst aktiv mitgestalten. Die Sachlage ist also zu differenzieren. Die übergeordnete Radikalisierungsprävention betrifft in dem Maße beide Geschlechter. Da machen wir keinen Unterschied. In der konkreten Arbeit, Ansprache und Begleitung besteht aber selbstverständlich ein Unterschied. Das muss gut organisiert werden.

Gegennarrative haben wir schon in einem erheblichen Maße erprobt, und wir wissen, dass das nicht funktioniert. Zum Beispiel haben wir überlegt, mediale Gegennarrative zu setzen. Wir wissen natürlich, dass Radikalisierung häufig über das Internet, über Videos usw. funktioniert. Es wurde die Frage gestellt, ob es hilft, wenn man in diesem Rahmen Gegennarrative mit anderen Videos oder anderen medialen Produkten schafft. Wir hatten dazu auch viele gute Leute aus den USA engagiert – von Voice of Peace oder anderen –, die versucht haben Präventionsakteure zu befähigen, solche Gegennarrative zu produzieren. Das hat tatsächlich nicht funktioniert. Die Qualität der medialen Produkte, die von radikalen Gruppen wie dem IS oder anderen produziert werden, ist einfach so hoch und sie sind so erfolgreich, dass wir nicht nachkommen können. Alleine Al-Furqan Media beispielsweise, einer der Hauptpartner des IS, produziert im Jahr um die 160 mediale Produkte, die weltweit verbreitet werden. Diesem Ausmaß kann man nachweislich nicht nachkommen. Und wir sollten es auch nicht versuchen.

Wir sollten nicht andere Videos produzieren, um dem entgegenzuwirken, sondern wir sollten Jugendliche befähigen, durch eine vernünftige Medienkompetenz zu verstehen, was in den Videos passiert, wie die Radikalisierung organisiert wird und wie man sich dagegen wehren kann. Man sollte also eher mit Medienkompetenz dagegen vorgehen und nicht versuchen, mit anderen Videos dagegenzuhalten.

Das gleiche gilt auch für den Versuch, in dieser Hinsicht nur mit Theologie im Sinne einer jugendsprachlichen „Battle“ zwischen einem guten Islam und einem schlechten Islam zu agieren. Das funktioniert nicht. Solche Gespräche sind sehr schwierig. Wenn der Jugendliche mit einem altersmäßig etwas betagten Imam konfrontiert wird, spricht dieser vielleicht nicht unbedingt seine Sprache und kann seine Lebenswirklichkeit nicht verstehen. Auf der anderen Seite stehen aber ganz junge Prediger, die ganz nah an den Jugendlichen dran sind, die ihre Sprache sprechen und ihre Codes kennen. Da können wir nicht mithalten. Der Jugendliche glaubt einfach den anderen mehr als uns, und zwar losgelöst von der theologischen Expertise. Das ist eine Sache des Vertrauens und des Glaubens. Der Jugendliche lässt sich auf so etwas nicht ein, und solche Gespräche können sogar im Gegenteil dazu führen, dass Beratungssequenzen insgesamt beschädigt werden, bis hin dazu, dass Beratungsprozesse teilweise abgebrochen werden müssen.

Insofern bin ich nicht für Gegennarrative, sondern für andere Mechanismen wie zum Beispiel eine Förderung der Medienkompetenz.

Woran mache ich fest, dass „Wegweiser“ gut oder nicht gut funktioniert? Das hängt von der Definition eines erfolgreich abgeschlossenen Falls ab. Aufgabe der Radikalisierungsprävention ist, zu schauen, dass Jugendliche begonnene Radikalisierungsprozesse und Radikalisierungsstrukturen, in die sie sich begeben haben, verlassen.

Dieser Prozess muss unterbrochen werden, und dann muss der Jugendliche zurückgeführt werden. Dazu zählt eine Distanzierung von den Gruppen, von den Inhalten und von den Strukturen, an denen man bisher partizipiert hat. In einem zweiten Schritt soll der Jugendliche sich auf die Mitte der Gesellschaft zurückbesinnen, um daran wieder partizipieren und eine Perspektive entwickeln zu können. Damit müssen auch die klare Ablehnung von Gewalt und die Ablehnung von Ideologien gegen andere Religionen und Bevölkerungsgruppen einhergehen.

Wenn das geschieht, die Jugendlichen erfolgreich in die Mitte der Gesellschaft zurückkehren, einem geregelten Job nachkommen, sich von Gruppen distanzieren, eine andere Haltung zu Gewalt haben und nicht weiter auffällig werden, dann kann man durchaus sagen, dass der Fall zunächst einmal erfolgreich abgeschlossen ist. In allen anderen Präventionssegmenten ist das genauso. Wenn Sie mit jemandem im Hinblick auf Drogen eine erfolgreiche Entziehungskur gemacht haben, derjenige davon abgesehen hat, und Sie beobachten ihn über einen gewissen Zeitraum und stellen keine weitere Auffälligkeit fest, dann ist der Fall erst einmal erfolgreich abgeschlossen. Dass der Mensch nach drei, vier oder fünf Jahren – wie auch immer – rückfällig werden kann, liegt in der Natur der Sache. Das kann ich nicht vorhersehen, das kann der Betroffene selbst aber auch nicht. Damit muss man sich beschäftigen, wenn es soweit ist.

In dem Sinne kann man durchaus sagen, dass die laufenden Programme erfolgreich sind. In der Presse kursierte in letzter Zeit die Information, dass bis jetzt 293 Fälle abgeschlossen worden sind. Selbstverständlich sind das Erfolge, die sich durchaus sehen lassen können. Dass die Personen sich danach noch mal radikalieren oder zu den alten Strukturen zurückfinden, hoffen wir natürlich nicht, aber niemand kann das ausschließen, und selbst der Betroffene kann das nicht vorher beantworten.

Das zweite Erfolgskriterium tritt im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit zutage. Wenn jemand zurück zur Mitte gefunden hat und ordentlich partizipiert, dann brauchen Sie die Regelsysteme, um diesen Erfolg zu flankieren und nachhaltig zu unterstützen. Sie brauchen all das an Beratungseinrichtungen, was unsere Wohlfahrtspflege hergibt – ob es bei der Wohnungssuche, bei der Jobsuche oder anderen Fällen der Beratung ist. Diese Einrichtungen gibt es auch, und wenn die Personen dort weiterhin begleitet werden, dann ist das ein Erfolg.

Es wurde nach den Abläufen bei „Wegweiser“ gefragt. Alles, was ich Ihnen gesagt habe, ist abgesichert durch eine Reihe von Erfahrungswerten, die wir nun seit vier Jahren sammeln. Mein vehementes Plädoyer für die Jugendarbeit und für das Streetworking muss man so verstehen, dass ich der Meinung bin, dass das nur auf diese Weise funktionieren kann. Die Vorstellung, dass jemand bei einer Beratungseinrichtung klopfen wird und sagt: „Ich bin radikal, bitte helfen Sie mir“, ist nicht real. Wenn wir unsere Arbeit gut gemacht und die Menschen aufgeklärt und für das Thema sensibilisiert haben, dann kommt hoffentlich eine qualifizierte Meldung von irgendjemandem – von einem Lehrer, einem Sozialarbeiter oder wem auch immer –, der bestimmte Dinge beobachtet hat und darum bittet, sich das mal anzuschauen. Das ist der erste Schritt.

Der zweite schwierige Schritt ist die Ansprache. Gehe ich einfach auf den Schulhof und sage: „Ich habe gehört, dass du dich radikalisiert hast. Ich bin hier um dir zu helfen“? Auch das funktioniert nicht. Ich muss vielmehr schauen, welche vertraulichen Zugänge es zu diesen Jugendlichen über Peer-Groups, Sportvereine, Freunde – oder was eben da ist – gibt. Genau dort muss ich zur Erstansprache andocken.

Selbst wenn ich diese Ansprache gemacht habe, warum soll sich der Jugendliche auf mich einlassen und am Samstagabend zu mir zu einem Termin in der Beratungseinrichtung kommen und mit mir arbeiten, anstatt mit seinen Freunden unterwegs zu sein? Das macht er nur, wenn er einen Draht zu mir findet und Vertrauen zu mir fasst, wenn er glaubt, dass ich erst einmal versuche, ihm losgelöst von Polizei oder irgendeiner Repression zu helfen. Der Jugendliche muss selbst erkennen, dass er diese Hilfe haben möchte und muss sich auf den Prozess einlassen. Nur so kann man erfolgreich sein.

All diese Prozesse kennen wir aus der Jugendhilfe, und sie sind wirklich sehr erprobt. Wir haben über das Qualifizierungsprofil der Menschen, die diese Arbeit machen, gesprochen. Selbstverständlich können wir nicht irgendjemanden nehmen, der das macht, sondern wir brauchen Menschen, die sich mit Jugendarbeit, mit Jugendhilfe sehr gut auskennen. Wir brauchen Menschen, die sich mit der klientenzentrierten Gesprächsführung und der psychologischen Sozialberatung auskennen. Wir brauchen Menschen, die das gelernt haben, die in den Jahren viel Erfahrung in dem Bereich gesammelt haben und die Zugänge zu den Jugendlichen eröffnen können. Nur so kann man erfolgreich sein. Dazu gehört natürlich auch eine Kombination mit dem Islam. Es muss jemand sein, der versteht, worum es geht und wie der Jugendliche argumentiert.

Die Verschränkung zwischen Sozialpädagogik und theologischer Expertise ist ein guter Weg, um erfolgreich zu sein. Nur in der Kombination können wir das schaffen.

Eike Schultz (Tannenbusch Gymnasium Bonn): Ich möchte auf die Frage von Herrn Lürbke antworten und beziehe mich dabei auf die Ausführungen von Herrn Abou-Taam und Herrn Charchira. Wir als Schule können Leuchttürme demokratischen Handelns sein. Da haben wir einen Vorbildcharakter. Dafür sind im Schulgesetz entsprechende Strukturen angelegt, es müssten sie nur alle Schulen nutzen. Wir versuchen das weitestgehend gut umzusetzen.

Wie könnte nun die Qualifikation dafür in der Schule aussehen? Meine Auffassung ist, dass das zweistufig ausgestaltet sein müsste. Man muss die Allgemeinheit des Kollegiums für solche Themenfelder sensibilisieren, und nicht nur für Salafismus oder Neosalafismus, sondern für politischen Extremismus – verzeihen Sie die eventuelle Unschärfe im Begriff. Es müssten beobachtbare Verhaltensänderungen skizziert werden, und es sollte eine Stelle existieren, zu der man dann mit den Informationen geht. Das könnten zum Beispiel ein Projekt wie „Wegweiser“ oder die anderen vorhandenen Strukturen sein.

Als zweite Stufe gibt es an Schulen sogenannte ausgebildete Beratungslehrer, die von der Bezirksregierung über ein Jahr lang fortgebildet werden. In deren Ausbildung sollte die Beobachtung und Beratung zum politischen Extremismus in jedem Fall als

Modul verankert sein. Dann wäre in der Schule Expertise vorhanden, und zwar nicht nur beim Fachlehrer, der beobachtet und seine Beobachtung gleich dem Schulleiter meldet, sondern es wären auch durch diese ausgebildeten Lehrkräfte erste Beratungsansätze leistbar.

Damit endet aber die Profession von Schule in diesem Feld. Wir können nicht deradikalisieren, sondern wir können nur Beobachtungen weitergeben. Das tun wir in Bonn auch sehr intensiv.

Kenan Küçük (Multikulturelles Forum e.V. Lünen): Ich möchte ein paar Zahlen aus dem Wegweiser-Projekt Dortmund nennen. Bis jetzt haben wir 64 Berater. Davon sind 53 Personen männlich und elf weiblich. Gerade bei den weiblichen Personen ist die Tendenz steigend. Wir haben im Sinne der Fortbildung bis jetzt 47 Vorträge, Workshops und ähnliches durchgeführt. Seit 2007 haben wir 1.935 Multiplikatoren erreicht – Pädagogen, Lehrer, Jugendsozialarbeiter o. .ä. Frauen übernehmen immer mehr Aufgaben und vermitteln im Hinblick auf die Ideologie – auch bei straffälligen Männern in Vereinen und Verbänden. Sie kommen ganz anders an als die männlichen Personen.

Die Zielgruppe der Frauen ist natürlich sehr wichtig, gerade weil viele Frauen zu Hause ihre Kinder erziehen, wobei man mit beratenden Frauen einen ganz anderen Zugang zu diesem Personenkreis finden kann. Beratende Frauen werden nicht als extrem angesehen und kommen gerade bei ideologischen Konflikten sehr gut an.

Frauen spielen auch deswegen eine große Rolle, weil unsere Beratungsstellen zuerst von Frauen besucht werden – gerade von Müttern, die ihre Kinder beobachten. Sie rufen als erste in unseren Beratungsstellen an und kommen auch als erste vorbei und bitten um Beratung und suchen Hilfe. Wir müssen also gerade auch die Frauen im Blick haben.

Wir hatten zunächst eine in zwei halbe Stellen geteilte Stelle. Als diese später auf eine zweite Stelle ausgeweitet wurde, haben wir von vorneherein mit einem männlichen Kollegen und einer weiblichen Kollegin geplant. Beide kommen sehr gut an. Gerade die Kollegin geht aber mit weiblichen Jugendlichen und kontaktsuchenden Müttern ganz anders um.

Es wurde nach der alternativen Sicherheitspolitik gefragt. Seit Jahren kennen wir schon Kontaktpersonen der Polizei vor Ort. Die Polizei hat direkt vor Ort sehr gute Kontakte aufgebaut. Sie besucht die Vereine, Verbände und Vorstände. Es ist gut, dass die Polizei nicht immer als das „Böse“ wahrgenommen wird, sondern dass man sich an sie als Kontakt wenden kann. Der Dialog mit der Polizei hat sehr stark Vorurteile abgebaut.

„Wegweiser“ wird vom Verfassungsschutz unterstützt. In NRW hat dieses Projekt großen Erfolg. Es ist ein Leuchtturm- und Präventionsprojekt. Man reagiert, bevor es zu spät ist. Und das Projekt kommt auch gut an. Es ist nicht ein sozialpädagogisches Projekt wie alle anderen von irgendeinem Ressort finanzierten Projekte, sondern der Verfassungsschutz unterstützt damit ein Präventionsprojekt vor Ort mit Partnern. Nach unserer Auffassung genießt es eine gute Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung, wenn

wir mit einem vom Verfassungsschutz unterstützten Projekt an die Schulen und Jugendeinrichtungen gehen. Das meinte ich, als ich von einer alternativen Sicherheitspolitik gesprochen habe.

Es wird ja häufig die Frage gestellt, ob man dieses Projekt beim Verfassungsschutz belassen soll. Ich würde Ja sagen. Wenn wir es einem anderen Ressort zuordnen würden, wäre es ein sozialpädagogisches Projekt wie alle anderen. In diesem Land gibt es zig verschiedene Projekte und Maßnahmen. Es ist ein Dschungel, in dem man leicht den Überblick verliert. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Polizeibehörden und den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes funktioniert. Es gibt auch Kontaktpersonen beim Verfassungsschutz. Wenn etwas ansteht, wenden wir uns an die Berater und besprechen uns mit ihm. Das hilft sehr viel. Herr Abou-Taam, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass, wenn die Polizei dies übernehmen würde, sie in einem entsprechenden Fall sofort eine Anzeige erstatten müsste. So wie es ist, läuft das aber sehr unproblematisch und unbürokratisch und hilft sehr gut.

Gerade wir Migrantenorganisationen als Partner der Polizei und des Verfassungsschutzes haben einen ganz anderen Zugang zu den Zielgruppen. Man sollte im Sinne der Akzeptanz gerade bei solchen Projekten versuchen, diese vor Ort mit den Migrantenorganisationen gemeinsam durchzuführen und sie nicht als Kommune oder Körperschaft alleine übernehmen. Ich begrüße, dass man dieses Projekt weiter aufbaut. Würde man diese Projekte ohne Beteiligung der Migrantenorganisationen nur über die Behörden laufen lassen, müssten die Behörden erst die Kontakte herstellen, die bereits bestehen. Man sollte die bestehenden Kontakte auch nutzen.

Man sollte dieses gut laufende Leuchtturmprojekt nicht zerstören. Wir haben gute Erfahrungen gemacht und konnten erfolgreich helfen. Das soll meiner Auffassung nach so weitergehen.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich bedanke mich für Ihre wertvollen Beiträge und wünsche Ihnen eine gute Rückreise. Sie haben angesichts der Diskussion und der Fragen die Tiefe des Interesses bei den Abgeordneten feststellen können.

Wenn das Protokoll im Internetangebot des Landtags abrufbar ist, wird sich der Ausschuss mit der Auswertung und mit der Beschlussfassung beschäftigen.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

Anlage

23.01.2018/29.01.2018

160

Anhörung des Innenausschusses

Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/472

11. Januar 2018, 10.00 Uhr, Raum E 1 D 05

T a b l e a u

Eingeladene Sachverständige	Redner/in weitere Teilnehmer/-innen	Stellung- nahme
Professor Dr. Aladin EI-Mafaalani FH Münster Fachbereich Sozialwesen	Professor Dr. Aladin EI-Mafaalani	-----
Dipl.-Soz.-Päd. Samy Charchira Universität Osnabrück Institut für Islamische Theologie	Samy Charchira	-----
Kenan Kücük Geschäftsführer Multikulturelles Forum e.V. Lünen	Kenan Kücük	-----
Tannenbusch Gymnasium Bonn	Eike Schultz	17/247 Neudruck
<i>Lothar Muschik Geschäftsbereichsleiter Jugend und Soziales der Stadt Dinslaken Dinslaken</i>	<i>- keine Teilnahme -</i>	-----
Marwan Abou-Taam Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz Mainz	Marwan Abou-Taam	-----
